

# LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

Jürgen P. Lang

<http://txt.extremismus.com/linksextremismus>

Fertiggestellt 2015 | Druckfassung: Eckhard Jesse /Tom Mannewitz (Hrsg.):  
Handbuch Extremismusforschung, Baden-Baden 2018, S. 279-325

1 IDEOLOGISCHE GROSSFAMILIEN UND STRÖMUNGEN .....	02
1.1 Das linksextremistische Minimum .....	02
1.2 Marxismus-Leninismus .....	04
1.3 Trotzismus (versus Stalinismus) .....	06
1.4 Maoismus .....	09
1.5 Reformkommunismus .....	11
1.6 Anarchismus .....	13
1.7 Antiimperialisten und Antideutsche .....	16
2 HISTORISCHE ENTWICKLUNG .....	18
3 PARTEIFÖRMIGER LINKSEXTREMISMUS .....	28
3.1 DKP und DFU .....	28
3.2 K-Gruppen .....	31
3.3 MLPD .....	33
3.4 Trotzistische Gruppen .....	35
3.5 PDS/Die Linke .....	37
4 BEWEGUNGS- UND AKTIONSORIENTIERTER LINKSEXTREMISMUS .....	42
5 INTELLEKTUELLER LINKSEXTREMISMUS .....	50
6 BIOGRAPHISCHE PORTRÄTS .....	54
7 PUBLIKATIONEN AUS DEM SPEKTRUM .....	60
8 KOMMENTIERTE AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE .....	67

# 1 Ideologische Großfamilien und Strömungen

## 1.1 Das linksextremistische Minimum

So differenziert das Spektrum auch sein mag, Linksextremismus ist keine bloße Sammelbezeichnung. Es lässt sich vielmehr ein linksextremistisches Minimum erkennen, das die Abgrenzung zum Rechtsextremismus und zugleich den kardinalen Unterschied zu linksdemokratischen Politikentwürfen markiert. Wie alle Extremismen konstruieren linksextremistische Ideologien ein klares Feindbild. Der für ein freiheitliches Gemeinwesen entscheidende Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur spielt keine Rolle. Mit dem Rechtsextremismus verbindet Linksextremismus Antiparlamentarismus, Antipluralismus, somit ein identitäres Demokratieverständnis und die Negierung individueller Freiheit. Beide Extremismen reklamieren für sich einen Wahrheitsanspruch. Sie glauben, einen einheitlichen Gesellschaftswillen erkannt zu haben und wollen diesen notfalls mit diktatorischen Mitteln gegen sogenannte „Abweichler“, „Klassenfeinde“ oder – im Falle des Nationalsozialismus – „Volksschädlinge“ durchsetzen. Während allerdings Rechtsextremismus im Kern auf einer Ideologie der Ungleichheit fußt, die eigene „Nation“, „Ethnie“ oder „Rasse“ als überlegen ansieht und in der Konsequenz die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte bestreitet, steht Linksextremismus mehr oder weniger in der Tradition der Aufklärung. Linksextremisten wähnen sich auf der moralisch richtigen Seite und verweisen darauf, eine menschliche Gesellschaft der Freien und Gleichen anzustreben. Doch die Geschichte hat gezeigt: Die Verwirklichung ihrer Utopien führt in die Sackgasse der Diktatur.

Der Kern linksextremistischen Denkens liegt in dem strikten und allumfassenden Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Während linke Demokraten mit „Kapitalismus“ ein *Wirtschaftssystem* anprangern, das nach sozialen Maßstäben reformiert werden müsse, sehen linke Extremisten darin ein *Herrschaftssystem*, das es zu beseitigen gelte. Deren Ideologieentwürfe zeichnen ein wahres Horrorszenario, das im „Kapitalismus“ die ausschließliche Ursache aller sozialen, ökologischen und politischen Probleme sieht. So heißt es im Programm der DKP von 2006: „Ein würdiges Leben für alle Menschen wäre möglich. Zugleich könnte die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem erhalten werden“ – wenn nur der Kapitalismus nicht wäre. Und im Programm der Partei *Die Linke* von 2011 ist die Rede davon, dass es unter kapitalistischen Bedingungen keinen Raum für Demokratie gebe, dass „Unfreiheit“ herrsche, Menschen „entrechtet“ seien, „ausgebeutet“ und „entmündigt“.

Diese kategorische Sichtweise erfüllt einen ideologischen Zweck, und zwar auf dreierlei Weise: Erstens propagieren Linksextremisten eine Totalität des Kapitalismus, um einen Systemgegensatz konstruieren zu können: Die als „kapitalistisch“ gebrandmarkte Demokratie soll möglichst im Weltmaßstab abgelöst werden durch eine „sozialistische“ Gesellschaft. Zwischen beiden Systemen gibt es aus dieser Sicht keine Überschneidungen, sie schließen einander aus. Zweitens generieren Linksextremisten ein Alleinstellungsmerkmal: Nur sie selbst seien wahrhaft „antikapitalistisch“. Alle anderen – auch linke – politischen Kräfte werden somit unterschiedslos als Gegner abqualifiziert. Diese Konstruktion eines kruden Feindbildes ist der dritte ideologische Zweck: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die quasi-religiöse Einteilung der Welt in „gut“ und „böse“ ist für Linksextremisten konstitutiv. Linksextremisten wännen sich in der Rolle einer geistigen Avantgarde. Sie glauben, die wahren Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge und die daraus zu ziehenden Konsequenzen gewonnen zu haben. Dieser Glaube führt sie zu der Vorstellung, auch alle anderen Menschen seien prinzipiell zu diesen Einsichten fähig und würden nur durch das perfide, von „Kapitalisten“ inszenierte Spiel namens „Demokratie“ daran gehindert. Deshalb meinen Linksextremisten, einen – noch unterdrückten – Willen einer gesellschaftlichen Mehrheit zu vertreten.

Linksextremistische Forderungen nach Frieden, mehr Demokratie, Pluralismus oder Freiheit entlarven sich meist als strategisches Mittel, um Reputation zu gewinnen. Sozialistische Systeme als propagierter Gegenentwurf zum „Kapitalismus“ sind bislang den Beweis schuldig geblieben, die Probleme der Menschen und der Menschheit zu lösen. Vor dem Herbst 1989 führten alle – meist ängstlich wieder abgebrochenen – Versuche, die verknöcherten staatssozialistischen Systeme leistungsfähiger und offener zu machen, unweigerlich zu mehr „Kapitalismus“. Und wäre nicht auch der „Prager Frühling“ 1968 in Demokratie und sozialer Marktwirtschaft gemündet, wenn nicht sowjetische Panzer den Willen einer Mehrheit der Tschechoslowaken im Keim erstickt hätten? Demokratische Systeme sind keineswegs perfekt. Aber man kann sie verbessern. Demokratie lebt von politischem und gesellschaftlichem Streit, der zu Entscheidungen führt. Die Alternative wäre eine Diktatur, in der Irrwege nicht als solche benannt werden dürfen, weil eine abweichende Meinung als Häresie gilt.

Der Sturz kommunistischer Systeme 1989/90 war für Linksextremisten eine Zäsur. Er hat zu ideologischen Modifikationen und zu einer teilweisen Abkehr vom traditionellen Marxismus-

Leninismus geführt. Linksextremismus ist nicht mehr so sehr mit dem ideologischen Großentwurf des Kommunismus verknüpft. An dieser Stelle werden deshalb auch reformsozialistische Ansätze einbezogen, wie sie heutzutage die Partei *Die Linke* verfiicht. Sie propagieren einen „demokratischen Sozialismus“, doch ihr Demokratie- und Freiheitsverständnis zeigt, dass sie weitaus näher an kommunistischen Positionen liegen als an den Werten und Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Der von Reformsozialisten gepriesene „dritte Weg“ zwischen „Kapitalismus“ und „Stalinismus“ erweist sich als Scheinalternative.

## 1.2 Marxismus-Leninismus

Der Marxismus-Leninismus (ML) war von Mitte der 1920er Jahre an die grundlegende politische Ideologie der totalitären Sowjetunion, nach dem Zweiten Weltkrieg auch aller kommunistischen Satellitenstaaten in der Moskauer Einflussphäre, unter anderem der DDR: „Der ML ist die theoretische Grundlage für die praktische Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien, er begründet die Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes und des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus und dient so als Mittel zur praktischen revolutionären Veränderung der Welt.“<sup>1</sup> Die offizielle Dogmatik bezeichnet den ML als konsequente Fortsetzung des Marxismus durch Lenin. Das „politische Kernstück der leninistischen Weiterentwicklung der Marxschen Theorie ist die Lehre von der Machteroberung des Proletariats und der Führungsrolle seiner revolutionären Partei, die sich von der wissenschaftlichen Weltanschauung leiten lässt. Sie findet ihren konzentrierten Ausdruck in der Lehre von der Partei neuen Typus.“<sup>2</sup>

In seiner strategischen Schrift *Was tun?* gelangte Lenin 1902 zu der Einsicht, das Proletariat allein sei zum Umsturz und zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft nicht in der Lage. Lenin trieb die bereits bei Marx angelegte Idee einer kommunistischen Avantgardepartei voran, verwarf aber dessen Vorstellung einer spontan entstehenden sozialistischen Massenbewegung – ein Punkt, den unter anderem Rosa Luxemburg kritisierte. Das politische

---

<sup>1</sup> Alfred Kosing, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin [Ost] 1987, 3. Aufl., S. 326.

<sup>2</sup> Frank Fiedler u. a. (Hrsg.): Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, Berlin [Ost] 1987, S. 28.

Klassenbewusstsein könne dem Arbeiter „nur von außen“ gebracht werden, schrieb der Revolutionär. Die Geschichte habe gezeigt, „dass die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein [gewerkschaftliches] Bewusstsein hervorzubringen vermag“.<sup>3</sup> Damit war die Rolle der kommunistischen Partei als Indoktrinator und Kulminationspunkt sozialistischer Herrschaft festgelegt. Nach innen galt das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, das strikte Parteidisziplin verlangte. Die Linie der Führung war sakrosankt; wer sich nicht daran hielt, wurde mit zum Teil drastischen Maßnahmen sanktioniert. Die Partei habe „die Freiheit“, schrieb Lenin bereits 1905 in aller Deutlichkeit, „solche Mitglieder davonzujagen, die das Schild der Partei benutzen, um parteiwidrige Auffassungen zu predigen.“<sup>4</sup>

Nach außen fungierte die Partei als Instrument der ideologischen Erziehung des Proletariats und Gleichschaltung der gesamten Gesellschaft. Somit hatte bereits Lenin den Grundstein gelegt zur Repression im Namen des Sozialismus. Die Mechanismen der Unterdrückung, Ausgrenzung und Vernichtung Andersdenkender, die Straflager und die Geheimpolizei waren keineswegs erst Produkt eines „unsozialistischen“ Stalinismus, wie es Trotzkiisten (sie verstehen sich als wahre Leninisten) und manche Reformkommunisten weismachen wollen. Dennoch blieb es Stalin vorbehalten, den Begriff des Marxismus-Leninismus zu prägen, wobei er ihn weniger mit Inhalten füllte, sondern – ganz in der Tradition Lenins – vor allem gegen ideologische Abweichler ins Feld führte. Zwar waren die drastischen und willkürlichen Parteisäuberungen keineswegs eine Erfindung Stalins. Doch Kritiker unter den Linksextremisten hatten es später leicht, den ML mit dem sogenannten „Stalinismus“ gleichzusetzen – nicht ganz zu Unrecht.

In der offiziellen Lehre bestand der ML aus drei Elementen, die in dieser Form nicht in jedem Fall bereits bei Marx und Engels zu finden waren. (1) Der historische und dialektische Materialismus schuf eine in sich geschlossene Weltanschauung. Man könne daraus, sagte Lenin, „nicht einen einzigen wesentlichen Teil wegnehmen, ohne sich von der objektiven Wahrheit zu entfernen, ohne der bürgerlich-reaktionären Lüge in die Fänge zu geraten.“<sup>5</sup> Die

---

<sup>3</sup> Wladimir I. Lenin, Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, 9. Aufl., Berlin [Ost] 1970, S. 62.

<sup>4</sup> Zit. nach Wolfgang Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf/Wien 1970, S. 84.

<sup>5</sup> Zit. nach Kosing (Anm. 1), S. 129.

dialektische und der historische Materialismus teilten die Entwicklung der Natur und der Gesellschaft in verschiedene Entwicklungsstufen ein: Jede Phase – die Urgesellschaft, der Feudalismus, der Kapitalismus – gehe an ihren inneren Widersprüchen zugrunde und bringe die nächst höhere Stufe hervor – bis zum Kommunismus. Die Übergänge seien dabei nicht evolutionär sondern gewaltsam und revolutionär.

Eng mit dieser kanonisierten Weltansicht verbunden ist (2) der „wissenschaftliche Sozialismus“. Für die DDR-Dogmatik lagen die „spezifischen Aufgaben“ der Wissenschaft in der „Grundlage der Führung und Leitung der sozialistischen Gesellschaft, in der Lehre und der weltanschaulichen Erziehung und Propaganda“<sup>6</sup>. Dieser ideologische und politische Determinismus verhinderte in kommunistischen Staaten jede freie Wissenschaft. Die Gesellschaftswissenschaften kaprizierten sich in der Tat auf den Kampf gegen das „bürgerliche“ Denken und der Affirmation eigener Anschauungen. Schließlich proklamiert der Marxismus-Leninismus (3) eine eigenständige sozialistische Wirtschaftsform, zu deren wesentlichen Bestandteilen zentrale Planung und „sozialistische Vergesellschaftung des Produktionsprozesses“<sup>7</sup> gehören. Zwar knüpft diese Lehre an Marx‘ ökonomisches Hauptwerk *Das Kapital* an, entfernt sich aber zugleich von dem großen Epigonen: Marx hatte lediglich eine Kritik der „politischen Ökonomie“ des Kapitalismus formuliert, jedoch keinen „sozialistischen“ Gegenentwurf präsentiert.

### 1.3 Trotzismus (versus Stalinismus)

Die PDS sei ein „Kind eines gescheiterten Systems“,<sup>8</sup> dem der „Stallgeruch des Stalinismus“<sup>9</sup> anhafte – Worte neueren Datums, aber wie aus einer anderen Zeit. Sie verdeutlichen die tiefe Feindschaft der Trotzisten gegenüber allem, was sie als „stalinistisch“ ausmachen. Anfangs weniger ideologisch motiviert, versammelten Trotzisten zunächst die Anhängerschaft des

---

<sup>6</sup> Günther Großer/Rolf Reißig/Gerhard Wolter (Hrsg.), *Wissenschaftlicher Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium*, Berlin [Ost] 1988, S. 8.

<sup>7</sup> Horst Richter u. a. (Hrsg.), *Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium*, Berlin [Ost] 1989, S. 549.

<sup>8</sup> Claus Ludwig, *Zwischen Staatspartei, roten Socken und Regierungsbeteiligung*, Manuskript, 7. Dezember 2005.

<sup>9</sup> Sascha Stanicic, *Perspektiven für die WASG und die Neuformierung der Linken*, Manuskript, 1. April 2006.

von seinem Widersacher Stalin wegen – angeblicher – Abweichung vom ML verfolgt, vertrieben und schließlich im mexikanischen Exil ermordeten Volkskommissars Sowjetrusslands und Gründers der *Roten Armee*.<sup>10</sup> Wie andere sozialistische Leitfiguren genoss Leo Trotzki postum den „Vorteil“, nicht für Verbrechen im Namen des Kommunismus verantwortlich gemacht zu werden. Doch er hatte mehrmals bewiesen, vor Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele keineswegs zurückzuschrecken. Es ist ein Trugschluss zu glauben, Trotzki wäre, hätte er seinen intellektuellen Autismus überwunden und im Machtkampf mit dem verschlagenen Stalin obsiegt, ein milderer Herrscher gewesen. Gewiss, Stalin verstand es auf perfide Art, ein ganzes Land und seine zahlreichen Völker in einen Dauerzustand der Angst zu versetzen. Doch vieles spricht dafür, dass die bereits unter Lenin angelegten Mechanismen „stalinistischer“ Unterdrückung, die unter anderem Jörg Baberowski so eindrucksvoll analysiert hat,<sup>11</sup> unter einem Diktator Trotzki grundsätzlich kaum anders gewesen wären.<sup>12</sup>

Als „basisdemokratische“ Alternative sowohl zum Parlamentarismus als auch zu einem „autoritären“ Kommunismus sehen Trotzkiisten das System der Räte. Es gilt ihnen als innerkommunistischer Gegenentwurf zum Zentralismus Stalins. Räte waren – vor allem unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg – ein kurzlebiges Phänomen in revolutionären Zeiten. So bildeten sich in Deutschland 1918/19 Arbeiter- und Soldatenräte, die aber dann zum größten Teil aus eigenem Willen der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik Platz machten. Oft werden die Räte mit den Runden Tischen in Polen und der DDR verglichen, an denen während der demokratischen Revolutionen Ende 1989 die Bürgerbewegungen mit den alten kommunistischen Machthabern verhandelten.<sup>13</sup> Auch dort waren diese Gremien ein Phänomen des Übergangs, das mit der Einführung des demokratischen Verfassungsstaates seinen Zweck erfüllt hatte. Nach der kommunistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland sollte der neue Staat auf einem Rätssystem gründen. Doch bereits unter Lenin wurde der Einfluss der Räte (*sowjetj*) eingeschränkt. Sie standen der

---

<sup>10</sup> Vgl. Bertrand M. Patenaude, Trotzki. Der verratenen Revolutionär, Berlin 2010.

<sup>11</sup> Vgl. Jörg Baberowski, Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012.

<sup>12</sup> Vgl. Robert Service, Trotzki. Eine Biographie, Berlin 2012.

<sup>13</sup> Vgl. Francesca Weil, Räte im Deutschen Reich 1918/19 – Runde Tische in der DDR 1989/90. Ein Vergleich, in: Deutschland Archiv 44 (2011), S. 261-268.

strikt hierarchischen Herrschaft des „demokratischen Zentralismus“ im Weg. Unter Stalin existierten die Räte nur noch als Fassade, bevor sie 1936 ganz verschwanden.

Im trotzkistischen Ideal wählen kleine, homogene Gruppen – etwa in Wohneinheiten oder im Betrieb – einen Rat. Diese Räte der untersten Ebene bestimmen wiederum einen übergeordneten Rat. An der Spitze steht schließlich der oberste Rat, der, ausgestattet mit einem imperativen Mandat, die Geschicke der Gesellschaft im Sinne der „Basis“ verwaltet. Doch dieses Modell ist nur scheinbar demokratisch. Da die Räte Legislative, Judikative und Exekutive in einem sind, entfällt die wechselseitige Kontrolle der Gewalten. Minderheiten sind dem „Mehrheitswillen“ schutzlos ausgeliefert. Funktionieren kann das nur, wenn man einen einheitlichen Volkswillen unterstellt. Wer Räte fordert, will mit diesen Gremien eine Art Massenmobilisierung der Gesellschaft erreichen, deren natürlicher Interessen-Pluralismus ignoriert wird. Andersdenkende hätten keine Chance auf politische Mitwirkung. Wenn Trotzlisten von Räten sprechen, meinen sie ein Instrument zur Sicherung der Herrschaft. Räteherrschaft ist das exakte Gegenteil eines freiheitlichen Systems.

Trotzkisten rücken in einem anderen Punkt noch deutlicher von den Maximen Stalins ab. Zwar erwies sich der Namensgeber dieser Strömung als Apologet des ML, indem er unter anderem die Diktatur des Proletariats, die führende Rolle der Partei und das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ vorbehaltlos bejahte. Kernelement der ideologischen Vorstellungen Trotzki ist jedoch die „permanente Revolution“, die erst nach dem Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab zu Ende sei. Stalins „Theorie des Sozialismus in einem Lande, die auf der Hefe der Reaktion gegen den Oktober [1917] hochgegangen ist, ist [dagegen] die einzige Theorie, die folgerichtig und restlos im Gegensatz steht zu der Theorie der permanenten Revolution.“<sup>14</sup> Diese Frontstellung sollte die innerkommunistischen Auseinandersetzungen noch für Jahrzehnte prägen. „Trotzkismus“ war Bekenntnis für die einen, den anderen bedeutete er Renegatentum. Demgegenüber firmiert „Stalinismus“ heute nicht mehr nur als Kampfbegriff, vielmehr erfüllt er eine apologetische Funktion: Wer von Stalinismus als „unsozialistischer“ Entartung spricht, hat die moralische Rettung des Kommunismus im Sinn.

---

<sup>14</sup> Leo Trotzki, Die permanente Revolution. Ergebnisse und Perspektiven, Essen 1993, S. 186.

## 1.4 Maoismus

Ein anderer Verfechter des „Sozialismus in einem Land“ war Mao Tse-tung, der gleichwohl die Sowjetunion als Feindbild kultivierte und sich mit Stalin einen „Zweikampf der Tyrannen“<sup>15</sup> lieferte. In der Gewalttätigkeit seiner Herrschaft in China dürfte er seinen Rivalen übertroffen haben. Obwohl er die dortigen Entwicklungen bis zu Stalins Tod grundsätzlich gut hieß, sah Mao die Sowjetunion als imperialistische Bedrohung. Die chinesische Revolution hatte nicht nur eine sozialistische, sondern wesentlich auch eine nationalistische Stoßrichtung. In einer ersten Phase, die die Maoisten „Neue Demokratie“<sup>16</sup> nannten, sollte sich die Revolution keineswegs allein auf die (wenigen) chinesischen Kommunisten stützen, sondern klassenübergreifend andere Kräfte einbeziehen. Das Motiv war die nationale Befreiung vom Kolonialismus – Vorbild für andere linksextremistische Bewegungen auf der ganzen Welt und für die deutsche radikale Linke in den 1960er und 70er Jahren. Marx und Engels ließ der Maoismus dabei insofern hinter sich, als er die Möglichkeit einer friedlichen Variante der Revolution verneinte: „Es ist der Vorsitzende Mao, der uns gelehrt hat, dass die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt und dass die alte, vom Imperialismus und den Reaktionären beherrschte Welt umgestaltet werden kann.“<sup>17</sup> Dass die Partei in Maos Vorstellungen vor allem als eine Art Oberkommando einer Armee fungierte, liegt in dieser kriegerischen Logik.

Der Maoismus behauptet, eine eigenständige kommunistische Ideologie entwickelt zu haben. Auch wenn dieser hochtrabende Anspruch nicht haltbar ist, fallen doch gravierende Unterschiede zum Marxismus(-Leninismus) ins Auge. Die Besonderheiten Chinas geboten es, dessen Auffassungen zum historischen Materialismus und zum revolutionären Subjekt zu revidieren. In dem extrem rückständigen Land musste zunächst der Feudalismus beseitigt werden. Die Revolution konnte sich zudem nicht auf ein „Proletariat“ stützen. Es war die Schicht der Bauern, aus der Mao eine revolutionäre Bewegung formte. 1938 verkündete er die Sinisierung des Kommunismus: „Behandeln die Kommunisten, die ein Teil des großen chinesischen Volkes, die Fleisch vom Fleische dieses Volkes sind, den Marxismus losgelöst

---

<sup>15</sup> Jung Chang/Jon Halliday, Mao. Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes, München 2005, S. 451.

<sup>16</sup> Vgl. Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften, Frankfurt a. M. 1963, S. 155-163.

<sup>17</sup> Zit. nach Leonhard (Anm. 4), S. 278.

von den Besonderheiten Chinas, so wird das ein abstrakter, impotenter Marxismus sein.“<sup>18</sup> Im Gegensatz zum ML, dessen Ideologie dies nicht zuließ, erkannte Mao Widersprüche auch in der sozialistischen Gesellschaft an. 1957 verkündete er sogar die Zulässigkeit einer freien Diskussion selbst in der Partei. Doch im Effekt führten diese Einsichten nicht zu mehr Liberalität. Im Gegenteil: China wurde zum Prototyp der uniformierten, gleichgeschalteten, totalitären Gesellschaft, die *Kommunistische Partei Chinas* (KPCh) gab ein Paradebeispiel militärischer Disziplin. Auch dies war eine Attraktion für die europäischen Linksradiكالen; wie sonst hätte es die Mao-Kluft, der blaue Drillich, in deren Garderobe geschafft?

Obwohl Maos Sonderweg zum Sozialismus so viel Wert auf die Traditionen seines Landes gelegt hatte, räumten die chinesischen Kommunisten ab 1966 gnadenlos mit ebendiesen Traditionen auf. Ihre „Kulturrevolution“ zielte darauf, „die alte Ideologie, die alte Kultur, die alten Sitten und Gebräuche, die von allen Ausbeuterklassen in den letzten Jahrtausenden geschaffen wurden und das Volk vergiften, mit Stumpf und Stiel auszurotten und unter den Volksmassen eine völlig neue Ideologie und Kultur, völlig neue Sitten und Gebräuche des Proletariats hervorzubringen und zu formen.“<sup>19</sup> Im Zuge der Kulturrevolution gingen die KP und ihre „Roten Garden“, zumeist junge Leute, massiv gegen Dissidenten und Andersdenkende vor. Es gab willkürliche Verhaftungen, Folter, Beschlagnahmungen, Entführungen und öffentliche Demütigungen. Millionen Menschen fielen den blutigen Exzessen zum Opfer. Es traf Intellektuelle und Geistliche, „Kapitalisten“ und „Schwarze“ ebenso wie schlichtweg alle, die „auffielen“ und sich nicht „anpassen“ wollten. Der „Rote Terror“ machte vor den Stützen des Systems nicht halt: „Die Säuberung im Ministerium für Staatssicherheit führte zu 1.200 Hinrichtungen [...], 60 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees [der KP] und drei Viertel der Provinzparteisekretäre wurden abgesetzt und in der Regel ins Gefängnis geworfen.“<sup>20</sup> Im ganzen Land vernichteten die Kommunisten massenhaft Kulturgüter von unschätzbarem Wert und zerstörten religiöse Einrichtungen.

---

<sup>18</sup> Mao Tse-tung, Der Platz der KPCh im nationalen Krieg, in: ders. (Anm. 16), S. 76.

<sup>19</sup> Die große sozialistische Kulturrevolution in China, Bd. 5, Peking 1966, S. 45.

<sup>20</sup> Jean-Louis Margolin, China: Ein langer Marsch an die Macht, in: Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.), Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 1997, S. 583.

## 1.5 Reformkommunismus

Der Begriff Reformkommunismus sollte nicht zu der Auffassung verleiten, es gebe eine demokratische Variante des Kommunismus. Die Demokratiefeindschaft ist vielmehr der Wesenskern dieser Großideologie. Gleichwohl existierten in der Geschichte des Kommunismus mehrfach Bestrebungen, aus der offiziellen „Moskauer“ Linie auszuscheren. Unter Reformkommunismus sind diejenigen Strömungen zu verstehen, die den Marxismus-Leninismus oder dessen Herrschaftsform revidieren wollen. Im Fokus der Kritik steht dabei zumeist das Streben nach ideologischer Einheit kommunistischer Parteien, deren Rolle als Avantgarde, der bürokratische Sozialismus<sup>21</sup> bzw. die Diktatur der „neuen Klasse“ kommunistischer Funktionäre.<sup>22</sup> Versuche, dem „Stalinismus“ die Gefolgschaft zu verweigern, gab es praktisch in allen Satellitenstaaten der Sowjetunion. 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei wurden sie blutig beendet. Erfolgreich verlief dagegen die Dissidenz der jugoslawischen KP unter Josip Broz Tito.

Die Kommunisten Jugoslawiens standen unter dem Eindruck des Partisanenkampfes gegen Hitler-Deutschland, an dem sie sich aktiv beteiligt hatten. Der Akt nationaler Befreiung sollte nicht durch die hegemonialen Ansprüche der Sowjetunion zunichte gemacht werden. Die KPJ wehrte sich gegen die Auffassung Moskaus, das führende Zentrum der kommunistischen Weltbewegung zu sein, und stellte ihr – unter Berufung auf Lenin – die Ideologie (national) unterschiedlicher Wege zum Sozialismus entgegen, die einen friedlichen Übergang in eine neue Gesellschaft implizierte. Die jugoslawischen Kommunisten nahmen Bezug auf Rosa Luxemburg, wenn sie von einer Deformation des Sozialismus unter der Ägide des Marxismus-Leninismus sprachen: „Man soll niemals vergessen, dass kein vollkommener bürokratischer Apparat, mag an dessen Spitze eine noch so geniale Leitung stehen, den Sozialismus aufbauen kann. Der Sozialismus kann nur aus der Initiative der Millionenmassen erwachsen“.<sup>23</sup> In der politischen Praxis verkehrte die KPJ Moskauer Maximen ins Gegenteil: Sie setzte auf Dezentralisation, verfügte die Trennung von Staat und Partei, schuf Arbeiterräte in den Betrieben, modifizierte Planwirtschaft und Kollektivierung und revidierte schließlich

---

<sup>21</sup> Vgl. Egbert Jahn, Bürokratischer Sozialismus: Chancen der Demokratisierung? Einführung in die politischen Systeme kommunistischer Länder, Frankfurt a. M. 1982.

<sup>22</sup> Vgl. Milovan Djilas, Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1959.

<sup>23</sup> Edverd Kardelj, Über die Volksdemokratie in Jugoslawien, Belgrad 1950, S. 55.

das Leninsche Credo von der führenden Rolle der Partei. Alles in allem führte der Titoismus zu einer „Enttotalisierung“ der Gesellschaft, nicht aber zu einer Reform in Richtung eines demokratischen Verfassungsstaates. Von Pluralismus, Gewaltenteilung und freien Wahlen konnte in Jugoslawien nicht oder allenfalls in Ansätzen die Rede sein.

Reformistische Ansätze gab es auch außerhalb der Hemisphäre des sogenannten Ostblocks. In Westeuropa unterschied die Wissenschaft vor 1989 „eurokommunistische“ Parteien von „moskautreuen“ – und solchen, die zwischen beiden Entwürfen lavierten.<sup>24</sup> In die erste Kategorie fielen diejenigen Organisationen, die sich von der Klassen- zur Massenorganisation gewandelt, ideologisch von den Vorstellungen des Marxismus-Leninismus gelöst und strategisch gesehen Wahlerfolge und Koalitionen innerhalb der Demokratien angestrebt hatten. Mitte der 1980er Jahre zog Klaus Kellmann noch eine Sozialdemokratisierung dieser Parteien in Zweifel. Zu einer grundlegenden Akzeptanz des demokratischen Verfassungsstaates habe der eurokommunistische Weg jedoch nicht ohne weiteres geführt. Dazu sei das Pluralismusverständnis zu sehr einer Klassenkampfstrategie unterworfen, die ideologischen Einflüsse des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, aber auch Lenins zu stark, schließlich die Anerkennung demokratischer Instanzen nicht erkennbar gewesen.<sup>25</sup> Allerdings hätten am Ende des Jahrzehnts drei dieser Parteien kurz davor gestanden, den Kommunismus in Richtung Sozialdemokratie zu verlassen, während sieben nicht von ihrer orthodoxen Orientierung lassen konnten – allen voran der französische PCF, der portugiesische PCP und die deutsche DKP.<sup>26</sup> Diese renitenten Parteien waren zum Scheitern verurteilt.<sup>27</sup> Demgegenüber ist der *Partito Comunista Italiano* (PCI) rückblickend betrachtet das deutlichste Beispiel für einen irreversiblen Wandel hin zur Sozialdemokratie, ein Wandel, der vor dem Zusammenbruch des Kommunismus begann und danach vollendet wurde.

---

<sup>24</sup> Vgl. Leopold Grünwald, Eurokommunismus, München 1981.

<sup>25</sup> Vgl. Klaus Kellmann, Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984.

<sup>26</sup> Vgl. ders., Die kommunistischen Parteien in Westeuropa, Entwicklung zur Sozialdemokratie oder Sekte?, Stuttgart 1988, S. 232.

<sup>27</sup> Vgl. Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirscher (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, Landsberg am Lech 1998; Martin J. Bull/Paul Heywood (Hrsg.), West European Communist Parties after the Revolutions of 1989, New York 1994; David Scott Bell (Hrsg.), Western European Communists and the Collapse of Communism, Oxford 1993.

Viel entschiedener als der Reformkommunismus Titos, aber bei weitem nicht so konsequent wie der PCI, gingen die sogenannten Reformer zu Werke, die lange Zeit die deutsche PDS ideologisch dominierten. Der Kreis um Dieter Klein und Michael Brie hatte bereits Ende der 1980er Jahre aus der SED heraus einen Umbau des Sozialismus in der DDR entworfen, der allerdings damals keinen demokratischen Ansprüchen genügte.<sup>28</sup> Nach der „Wende“ setzten sie sich weiter vom Marxismus-Leninismus ab. Statt Kommunismus streben sie einen „demokratischem Sozialismus“ an, statt von Kapitalismus sprechen sie von „kapitaldominierter“ Gesellschaft; den Gedanken der Revolution ersetzten sie durch das Konzept der „Transformation“: Rosa Luxemburgs Vorstellung „radikaler Realpolitik“ stand unverkennbar Pate – Reformen innerhalb des demokratischen Systems sollten nicht dazu beitragen, dieses zu verbessern, sondern am Ende eine neue, sozialistische Gesellschaft hervorbringen.<sup>29</sup> Als Mittel zu diesem Zweck fungierte nicht mehr der orthodox-marxistische Klassenkampf, sondern – analog zu Antonio Gramsci – die Erlangung „kultureller Hegemonie“.<sup>30</sup> Zwar bejahen die PDS-Reformer Werte und Prinzipien eines freiheitlichen Systems, sehen echte Demokratie aber erst unter Bedingungen des Sozialismus als verwirklicht an. Aus eher strategischen Gründen predigen sie Pluralismus, während identitäre Vorstellungen in ihren Theorien nachwirken.<sup>31</sup>

## 1.6 Anarchismus

Das Grundprinzip des Anarchismus ist die Vorstellung, ein „freies“ und/oder „solidarisches“ Zusammenleben der Menschen sei nur möglich, wenn jede Art von Hierarchie zugunsten einer gleichberechtigten Selbstorganisation aller beseitigt ist: „Ziel des Anarchismus ist die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen; im Zentrum seiner politischen Aktivität steht ein sozial geprägter Freiheitsgedanke. Hieraus leitet er die Notwendigkeit ab,

---

<sup>28</sup> Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, *Die Linke – eine gescheiterte Partei?*, München 2012, S. 33-41.

<sup>29</sup> Vgl. Michael Brie (Hrsg.), *Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik*, Berlin 2009.

<sup>30</sup> André Brie/Michael Brie, *Die Demokratisierung der Demokratie wagen!*, in: Crossover (Hrsg.), *Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal*, Münster 1997, S. 123; Antonio Gramsci, *Intellektuelle. Traditionelle Intellektuelle*, in: ders., *Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften*, Frankfurt a. M. 1986.

<sup>31</sup> Vgl. Jesse/Lang (Anm. 28), S. 286-296.

den Staat abzuschaffen. Es geht [...] darum, den Staat an sich zu bekämpfen und zugleich Alternativen zur Staatlichkeit zu entwickeln.“<sup>32</sup> Allerdings blieben positive Formulierungen solcher Alternativen in der fast ausschließlich negativen Ideologie des Anarchismus stets nebulös.

Ihre radikal anti-etatistische Attitüde stellt Anarchisten auf den ersten Blick in diametralen Gegensatz zu totalitären Systemen, etwa zu kommunistischen Diktaturen. Nicht zuletzt deshalb fällt es den Apologeten leicht zu verkünden, sie seien weder links noch rechts. Doch offenkundig stellt der Anarchismus eine Spielart des Linksextremismus dar: Auf der Agenda praktisch aller anarchistischer Richtungen steht der Kampf gegen den Kapitalismus als Wirtschaftssystem, gegen Ausbeutung und Unterdrückung sowie die Beseitigung der Klassengesellschaft. Diese Ideologieelemente docken nahtlos an kommunistische Vorstellungen an. Zudem wohnt dem Anarchismus eine militante Komponente der Zerstörung inne: Der Weg von der Verweigerung zur gewalttätigen Sabotage der bestehenden Ordnung ist nicht weit. Zu Recht steht der aktionsorientierte westdeutsche Linksradikalismus in enger Verbindung mit anarchistischen Maximen.

Die Epigonen des Anarchismus hegten eine jeweils eigene Vorstellung von einer alternativen Gesellschaft. Als Vordenker gilt der Franzose Pierre-Joseph Proudhon, dessen Mantra „Eigentum ist Diebstahl“ die Phantasien mehrerer kommunistischer Theoretiker, unter ihnen Karl Marx, beflügelte. Proudhon erblickte im nicht durch eigene Arbeitskraft oder Tausch gewonnenen Eigentum das Ergebnis von Ausbeutung und Mittel der Unterdrückung. Er glaubte zudem, freie Vereinbarungen könnten das Zusammenleben autonomer Individuen untereinander und gegenüber der Gesellschaft regeln. Anarchie war für Proudhon in klassischer Bedeutung „Abwesenheit jedes Herrschers, jedes Souveräns“. Er gab dem Begriff zusätzlich einen progressiven Impuls: Anarchie sei „die Regierungsform, der wir uns täglich mehr nähern [...] wie der Mensch die Gerechtigkeit in der Gleichheit sucht, so sucht die Gesellschaft die Ordnung in der Anarchie.“<sup>33</sup> Vom sozialen Anarchismus Proudhons unterschied sich der radikal-individualistische Anarchismus des Bayreuthers Max Stirner deutlich. Im Zentrum seines Denkens steht der „Egoist“ oder „Einzig“, der über sich nichts

---

<sup>32</sup> Horst Stowasser, Freiheit pur. Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft, Frankfurt a. M. 1995, S. 22.

<sup>33</sup> Pierre-Joseph Proudhon, Was ist das Eigentum? Erste Denkschrift. Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft, Graz 1971, S. 224.

Höheres duldet.<sup>34</sup> Die Konfrontation mit Staat und Gesellschaft war gewissermaßen programmiert. Stirner hegte von vornherein keine Vorstellung eines Kollektivismus und blieb die Antwort auf die Frage schuldig, wie eine Assoziation „egoistischer“ Individuen das Abgleiten ins Faustrecht des Stärkeren verhindern kann.<sup>35</sup>

Einen revolutionären Anarchismus verkörperte der Russe Michail Bakunin. Sein Konflikt mit Marx führte zu einer Abspaltung des Anarchismus von der sozialistischen Bewegung während der I. Internationale. Marx' Idee der Diktatur des Proletariats führe nicht zum Sozialismus, kritisierte Bakunin, weil sie den „vollständigen Triumph der ökonomischen und sozialen Gleichheit [...] durch die Staatsmacht, durch die Diktatur [...], das heißt durch die Negation der Freiheit“<sup>36</sup> erreichen wolle. Umgekehrt waren „Bakunins antiautoritäre Vorstellungen von der ‚spontanen‘ Organisation der ‚freien Gesellschaft‘“<sup>37</sup> für Marx reine Phantasterei. Das galt auch für Bakunins Auffassung von Revolution, die auf die „absolute Zerstörung jedes Staates, jeder Kirche, aller religiösen, politischen, bürokratischen, gerichtlichen, finanziellen polizeilichen, ökonomischen universitären und fiskalischen Einrichtungen“<sup>38</sup> zielte. Bakunin traf schnell der Vorwurf, ein reiner „Kaputtschlag-Revolutionär“ zu sein.<sup>39</sup>

In Deutschland war und ist der Anarchismus von begrenzter Relevanz, sieht man einmal von der Münchner Räterepublik im Jahr 1919 ab, an deren Zustandekommen Anarchisten wie Gustav Landauer und Erich Mühsam mitwirkten. Den größten Einfluss entfalteten die Anarchosyndikalisten der *Freien Arbeiter-Union Deutschlands* (FAUD) in der Gewerkschaftsbewegung während der Weimarer Republik. Bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches spielte die FAUD eine entscheidende Rolle. Heute will die 1977 gegründete FAU-IAA<sup>40</sup> an diese Tradition anknüpfen. Neben den klassisch anarchistischen Forderungen

---

<sup>34</sup> Vgl. Max Stirner, *Der Einzige und sein Eigentum*, Stuttgart 1972.

<sup>35</sup> Vgl. Stowasser (Anm. 32), S. 188.

<sup>36</sup> Michail Bakunin, An Ludovico Nabruzzi und die anderen Internationalisten in der Romagna, in: ders., *Staatlichkeit und Anarchie und andere Schriften*, Frankfurt a. M. u. a. 1972, S. 770.

<sup>37</sup> Horst Stuke, Einleitung, in: Ebd., S. XIII.

<sup>38</sup> Michail Bakunin, Programm und Reglement der Geheimorganisation der internationalen Bruderschaft und der internationalen Allianz der Sozialistischen Demokratie, in: Ebd., S. 72 f.

<sup>39</sup> Vgl. Stowasser (Anm. 32), S. 208.

<sup>40</sup> Der 1922 gegründete anarchosyndikalistische Dachverband *Internationale ArbeiterInnen-Assoziation* (IAA) ist heute in zahlreichen Ländern Amerikas und Europas aktiv.

nach Ablösung des Staates, des Parlamentarismus und des Kapitalismus durch eine herrschaftsfreie Gesellschaft steht das Postulat einer „Selbstverwaltung“ der Wirtschaft durch die Arbeiter im Mittelpunkt ihres Programms.<sup>41</sup> Die Interessenidentität des Anarchosyndikalismus mit trotzkistisch-rätekommunistischen Gruppierungen ist offensichtlich. Von einer anarchistischen oder „libertären“ Bewegung in Westdeutschland zu sprechen, wäre indes verfehlt – obwohl sich von Teilen der 68er über „Haschrebellen“ und Terroristen bis zu Grünen und „Freizeitrevolutionären“ in einer „Graswurzel“-Initiative so mancher gerne als Anarchist sieht. Neueren Datums ist ein Phänomen, auf das später einzugehen ist – die sogenannten Autonomen. Deren Entwicklung „zeigt einen deutlichen Trend weg von den Basisbewegungen, hin zu einer geschlossenen Elite kämpfender Kader.“<sup>42</sup> Ein neuer Kult der Militanz ist entstanden.

### 1.7 Antiimperialisten und Antideutsche

Zwei einander bekämpfende Strömungen kennzeichnen den modernen deutschen Linksextremismus, die Antiimperialisten und die Antideutschen. Auch wenn der Antiimperialismus im Werk von Marx und Engels wurzelt, war es doch Lenins 1916 publizierte Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*,<sup>43</sup> die ihn fest in der ML-Dogmatik einband. Seit dem Ersten Weltkrieg gab es kaum eine linksextremistische Organisation, die den antiimperialistischen Kampf nicht als Teil des antikapitalistischen ansah – die Ausbeutung fand schließlich im Weltmaßstab statt. Bis in die 1980er Jahre war bei der deutschen extremen Linken die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap)<sup>44</sup> *en vogue*, der die – angeblichen – Expansionsgelüste transnationaler Trusts mit den imperialistischen Interessen kapitalistischer Staaten identifizierte. Die Agitation gegen die „Monopole“ stand nunmehr auf der kommunistischen Agenda. Sie implizierte die Solidarität mit (linken) Befreiungsbewegungen und deren Kampf gegen den „US-Imperialismus“.

---

<sup>41</sup> Vgl. Prinzipienklärung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union FAU-IAA, Bonn 2003.

<sup>42</sup> Stowasser (Anm. 32), S. 358.

<sup>43</sup> Wladimir I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Gemeinverständlicher Abriss, Berlin 1988.

<sup>44</sup> Vgl. Gerold Ambrosius, *Zur Geschichte des Begriffs und der Theorie des Staatskapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Mohr 1981.

Antiimperialismus ging nach 1948 einher mit der Delegitimierung des Staates Israel, den man als imperialistische Dependence im Nahen Osten verurteilte. Dieser linke Antizionismus ist – blickt man auf die jüngsten Auseinandersetzungen in der Partei *Die Linke* – durchaus keine Seltenheit und kann in manifesten Antisemitismus umschlagen.<sup>45</sup> Er geht einher mit offener Sympathie nicht nur für die Palästinenser, sondern auch für israel- und judenfeindliche, islamistische Organisationen wie die *Hamas* oder die *Hisbollah*. Das ist der Grund, warum der Holocaust in weiten Teilen der extremen Linken eine Leerstelle geblieben ist – trotz der „antifaschistischen“ Propaganda. Um einen Widerspruch zu umgehen, verstrickt sie sich in einen anderen.

Dem stehen diametral Auffassungen der sogenannten Antideutschen gegenüber. Wer die Zeitschriften *Bahamas*, *Konkret* oder *Jungle World* liest, stößt auf sie. Diese skurrile, weder einflusslose noch einheitliche Tendenz im deutschen Linksextremismus war im Zuge der Revolution in der DDR entstanden, als Reste der K-Gruppe *Kommunistischer Bund* (KB), Teile der *Grünen*, der Autonomen und anderen Linksradikalen eine Kampagne gegen die Wiedervereinigung starteten. Als Wortführer trat damals *konkret*-Autor Jürgen Elsässer auf.<sup>46</sup> Für die Antideutschen ist Deutschland nach 1990 noch faschistischer, nationalistischer und imperialistischer geworden – vom „Vierten Reich“ ist die Rede. Auf Transparenten steht etwa „Nieder mit Deutschland“. Unter anderem rechtfertigen die Antideutschen die Bombardierung Dresdens gegen Ende des Zweiten Weltkriegs.

Dies mündet – durchaus konsequent – in eine unbedingte Parteinahme gegen Palästina und für Israel, für die USA als dessen Schutzmacht und für einen ebenso strikten Antiislamismus. So unterstützten Vertreter dieser Richtung zum Beispiel den zweiten Irak-Krieg. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 schrieben sie denjenigen, die vor Gegenschlügen der USA gewarnt hatten, ins Stammbuch: „Die üblichen Orientalisten diverser deutscher Hochschulen im Verbund mit den einschlägigen Vorzeigepalästinensern – Terrorismusexperten im doppelten Sinne des Wortes – traten zur Vorwärtsverteidigung an,

---

<sup>45</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Israelfeindschaft zwischen Antiimperialismus und Antisemitismus – eine Analyse zu Erscheinungsformen und Motiven im deutschen Linksextremismus, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2011, S. 143-161.

<sup>46</sup> Vgl. Carsten Koschmieder, Die Entstehung der „Antideutschen“ und die Spaltung der linksradikalen Szene, in: Ebd., S. 187.

die hierzulande Besonnenheit heißt: Von vorschneller Verurteilung der ach so friedliebenden ‚islamischen Welt‘ war da die Rede.“<sup>47</sup>

Den vor allem instrumentellen linksextremistischen Antifaschismus griffen die Antideutschen direkt an. Insbesondere in der Frage, wogegen sich der Antifaschismus zu richten habe und wofür er eintreten soll, wichen sie von der üblichen kommunistischen Lesart ab. Die Antideutschen bezogen ihren durchaus authentisch und gesinnungsethisch wirkenden Antifaschismus auf den historischen, spezifisch deutschen Nationalsozialismus, den Rassismus und den Holocaust. Die daraus abgeleitete moralische Rechtfertigung der israelischen Politik wirkt in der „Szene“ wie ein Sakrileg, zumal die Antideutschen nicht vor deutlichen Worten zurückschrecken. So bezeichneten sie die traditionell pro-palästinensische Friedensbewegung als „antisemitisches Unternehmen der Täter von Auschwitz“.<sup>48</sup> Trotz ihres ideologischen Wahngbildes haben die Antideutschen immerhin eines zu Wege gebracht: Sie haben den klassischen linksextremen Antifaschismus als ideologisches Kampfinstrument mit anti-westlicher Stoßrichtung enttarnt. Gleichwohl ist der ausufernde Antifaschismus der Antideutschen ebenfalls ein solches Instrument, stellt er doch in der Konsequenz alle Deutschen pauschal unter Faschismusverdacht.

## 2 Historische Entwicklung

Über die Jahrhunderte hinweg fassten nur wenige den Traum der Menschheit von einer Gesellschaft der Gleichen in konkrete Entwürfe. Wies Thomas Morus‘ fiktionaler Staat *Utopia* (1516) demokratische Grundzüge auf, lieferte der *Sonnenstaat* Tommaso Campanellas aus dem Jahr 1602 die autoritäre Antwort. In den antidemokratischen Vorstellungen des italienischen Mönches bedeutete die „Gattung“ alles, das Individuum nichts. Im Sonnenstaat lag die Macht nicht beim Volk, sondern in Händen einer absolutistischen Priesterkaste – der Prototyp einer Diktatur. Als Pate linksextremistischen Denkens fungiert gleichwohl der französische Sozialphilosoph Jean-Jacques Rousseau (1712-1778). Er betrachtete jede Art

---

<sup>47</sup> Erklärung der Redaktion, in: Bahamas (2001), H. 36, S. 31.

<sup>48</sup> Zit. nach Bundesamt für Verfassungsschutz, Massiver ideologischer Streit zum Nahost-Konflikt unter Linksextremisten, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 206.

von Pluralismus und Individualismus als Sündenfall und Ursprung von Willkürherrschaft. Rousseau verwarf Gewaltenteilung und Parlamentarismus als despotisch. Stattdessen verfocht er die utopische Vorstellung, dass jeder Einzelne vollkommen in einer sozialen Gemeinschaft aufgeht, indem er sich einem unabänderlichen Gemeinwillen (*volonté générale*) unterordnet. Die Interessen der Regierten und des Volkes haben demnach dieselben zu sein. „Rousseau glaubte einen neuen Menschen herbeizwingen zu können“.<sup>49</sup> Doch wer definiert den Gemeinwillen – wer kontrolliert und garantiert seine Einhaltung? Darauf gab Rousseau keine genaue Antwort. Hätte er es versucht, wäre er wohl darauf gekommen, dass nur eine Diktatur imstande ist, dies zu leisten.

Trotz seiner Vorläufer beginnt die Geschichte des Linksextremismus, verstanden als Ablehnung der Werte und Prinzipien des freiheitlichen Verfassungsstaates durch radikal-egalitäre Ideologien, erst mit der Entstehung der Demokratie, anfangs als Idee und politische Strömung, dann – zuerst in den USA (1776) und Frankreich (1789) – als staatliches Prinzip. Zusammen mit einer Gesellschaft der Freien, der Etablierung der Marktwirtschaft und dem Aufstieg des Bürgertums zur neuen, mächtigen Klasse bildet Linksextremismus ein spannungsgeladenes Viereck. Die Geschichte des Linksextremismus war von Anfang an nicht nur eine Geistesgeschichte, sondern wesentlich auch eine Geschichte autoritärer Herrschaft. Schon bald nach der Französischen Revolution endeten die Ideale der ultralinken Jakobiner im antidemokratischen Schreckensregime Robespierres. Die sozialrevolutionären Vorstellungen des 18. und 19. Jahrhunderts waren indes vielfältig, seien es die harmonischen, von den menschlichen Verwerfungen des Kapitalismus befreiten Gesellschaften eines Saint-Simon oder Fourier, seien es die gewalttätigen, umstürzlerischen Konzepte eines Babeuf oder Blanqui. Weniger theoretisch abgehoben gerierte sich die proletarische Chartistenbewegung in England, die in Wort und Tat gegen das „räuberische System“ (James Leach) der Fabrikbesitzer agitierte.

Vor allem Karl Marx und Friedrich Engels stellten die sozialistischen Theorien im Wesentlichen auf die Basis einer ökonomischen Erklärung gesellschaftlicher Missverhältnisse. Das Privateigentum galt ihnen als Grund allen Übels („Verelendung“, „Entfremdung“). Marx und Engels entliehen dem Werk des Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel die Vorstellung einer stufenweisen gesellschaftlichen Fortentwicklung, wobei

---

<sup>49</sup> Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 2009, S. 221.

jede Form (Feudalismus, Kapitalismus) an ihren Widersprüchen zugrunde gehen und eine neue Form hervorbringen werde (Dialektik). Im Kapitalismus zum Beispiel gerieten die Produktivkräfte (Basis) in Widerspruch mit den realen gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnissen (Überbau), was unweigerlich zur Revolution führen und, nach dem Sozialismus als Übergangsstadium, am Ende den Kommunismus hervorbringen werde. Kommunismus – das bedeutete vor allem die Auflösung des Gegensatzes zwischen Individuum und Gesellschaft. Die Tradition Rousseaus ist unverkennbar. Die Geschichte des Kommunismus führt indes eindrucksvoll vor Augen, dass seine Verwirklichung unweigerlich in ein System der Unterdrückung mündet.<sup>50</sup> Marx und Engels sollten dies nicht mehr erleben.

Wie Kommunisten und Anarchisten nach ihnen hielten die beiden Revolutionäre beständig Ausschau nach Anzeichen eines Umsturzes. Bis heute kommt praktisch kein Programm einer kommunistischen Partei ohne die hoffnungsvolle Behauptung aus, der Zusammenbruch des Kapitalismus stehe unmittelbar bevor. Schon Marx' und Engels' Bewegung hatte es sich auf die Fahnen geschrieben, bei Bedarf nachzuhelfen – notfalls mit Waffengewalt. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kömmt darauf an, sie zu verändern“,<sup>51</sup> schrieb Marx in seinen *Thesen über Feuerbach* – er manifestierte damit eine Ideologie nicht nur der Worte, sondern auch der Aktion. Angesprochen war das Proletariat, das in Engels' *Deutscher Ideologie* zum „Klassenkampf“ und der Übernahme der „Klassenherrschaft“ aufgerufen wurde. Das dazu nötige „Klassenbewusstsein“ einzuschärfen war fürderhin Hauptaufgabe einer kommunistischen Partei. Marx und Engels erweiterten jedoch den Horizont des Kommunismus über das Schicksal der arbeitenden Klasse hinaus. Im Weltmaßstab sahen sie im Imperialismus den Ursprung der Ausbeutung nach einem Eroberungskrieg unterdrückter Völker. Im 20. Jahrhundert sollten ihre Anschauungen „dramatische Folgen haben, als ‚Freiheitskämpfer‘ von Mao Tse-tung über Ho Chi Minh bis zu Fidel Castro den Marxismus als wesentlichen Teil der Befreiung vom Kolonialismus auffassten.“<sup>52</sup>

---

<sup>50</sup> Vgl. David Priestland, *Weltgeschichte des Kommunismus. Von der Französischen Revolution bis heute*, München 2009.

<sup>51</sup> Karl Marx, *Thesen über Feuerbach*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 3, Berlin [Ost] 1969, S. 334.

<sup>52</sup> Tristram Hunt, *Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand*, Berlin 2012, S. 229.

Wie ist zu erklären, dass „der“ Marxismus – auf den sich praktisch die gesamte extremistische Linke beruft – eine solche Attraktion auf einen Großteil derjenigen entfalten konnte, die sich auf Seiten der „Unterdrückten“ wähnen? Es lag vor allem an Friedrich Engels, der die Widersprüche in den Schriften seines Freundes Marx einebnete und dessen Ideen zu einer in sich logischen Lehre kanonisierte, die den Anspruch einer wissenschaftlichen Welterklärung erhob. Dies erleichterte es kommunistischen Machthabern später, ein scheinbar unangreifbares Konstrukt zur Rechtfertigung ihrer Herrschaft zu entwickeln. Vielleicht hätte die Geschichte des Linksextremismus einen anderen Verlauf genommen, wäre es Ferdinand Lassalle gelungen, seine sozialistischen Ideen weiterzuentwickeln, die anders als Marx und Engels nicht auf die Zerstörung des „bürgerlichen“ Staates setzten. Lassalle nahm das Schisma der Arbeiterbewegung in eine demokratisch und eine antidemokratische Strömung vorweg. Evident wurde dies, als Lassalles ADAV mit der SDAP im Jahre 1875 zur SPD fusionierte, der lange Zeit größten sozialistischen Partei der Welt.

Die Theoretiker Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg standen in der SPD der Kaiserzeit für diese Zweiteilung, die als „Revisionismusstreit“ in die Geschichte einging. Bernstein, für den im Gegensatz zu Luxemburg Demokratie und Parlamentarismus ein Wert an sich waren, erwies sich als besserer Visionär als Karl Marx, indem er dessen Prognosen revidierte: Der Kapitalismus, der keineswegs zur „Verelendung“ der Lohnabhängigen führe, werde nicht an seinen inneren Widersprüchen zu Grunde gehen – für Marx war dies die Voraussetzung einer Revolution. Umbrüche, die sich auf das Endziel des kommunistischen Paradieses richteten, verwarf Bernstein als unerreichbare Utopien. Ohnehin würden Revolutionen, wie Marx sie sich vorstellte, nicht stattfinden. Nicht einmal das Proletariat, geschweige denn breite Volksmassen stünden mehrheitlich hinter ihnen. Deshalb könne es nur den ständigen Kampf um Reformen im Rahmen einer demokratischen Republik geben.<sup>53</sup> Deren gewaltsame Beseitigung predigte dagegen Luxemburg, die nach Ende des Ersten Weltkriegs mit ihren ebenfalls von der SPD enttäuschten Mitstreitern – unter ihnen Karl Liebknecht – *die Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) gründete.

Dass Luxemburg Lenins Bolschewiki wegen der Auflösung der russischen verfassungsgebenden Versammlung, des Zentralismus und der Cliquenwirtschaft schalt, hatte nichts mit einer Akzeptanz des Parlamentarismus zu tun. Die „bürgerlichen“

---

<sup>53</sup> Vgl. Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Berlin/Bonn 1984.

Volkvertretungen waren für sie nicht mehr als eine „Arena des Klassenkampfes“.<sup>54</sup> Einzig der „Hammerschlag der Revolution“<sup>55</sup> werde einer sozialistischen Gesellschaft den Weg bahnen. Luxemburg schreckte auch vor Bürgerkrieg nicht zurück, der nur ein anderer Name des Klassenkampfes sei. „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“<sup>56</sup> – Luxemburgs zum geflügelten Wort mutierte Randbemerkung im Manuskript ihrer Schrift *Zur russischen Revolution* kann jeder Demokrat unterschreiben. Doch die Freiheit, die Luxemburg meinte, galt nur unter den Bedingungen einer Klassendiktatur. Die – tatsächlich andersdenkenden – „Bürgerlichen“, die Lenin zu Tausenden liquidieren ließ, waren Luxemburg nicht der Rede wert.

Wir wissen nicht, wie Luxemburg auf die Stalinisierung ihrer Partei in den 1920er Jahren reagiert hätte. Ihr gewaltsamer Tod konnte nicht zuletzt deshalb der Mythenbildung den Weg ebnen. Nach Luxemburgs Ermordung baute Paul Levi die Partei gemäß leninistischem Vorbild in eine hierarchisch gegliederte Kaderorganisation um, die zunächst nicht über 90.000 Mitglieder hinauskam und bei Wahlen eine Marginalie blieb. Erst Ende 1920 reüssierte die KPD als Massenpartei, nachdem zehntausende Linke aus der SPD-Abspaltung USPD übergetreten waren. Richtungskämpfe und Fraktionierungen setzten der KPD nun zu, wobei sich schließlich die Anhänger der Bolschewiki durchsetzten. In dem 1923 zum Vorsitzenden gewählten Ernst Thälmann fand Lenins Nachfolger Stalin schließlich einen willigen Vollstrecker. Thälmann steuerte die Partei strikt auf Sowjetkurs und übernahm die von Moskau vorgegebene Sozialfaschismusthese. Stalins Diktum, die Sozialdemokratie sei „objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus“,<sup>57</sup> galt nun als Handlungsmaxime.

Damit rückte die KPD den Kampf gegen die demokratische Republik in den Vordergrund, als deren Verteidiger die SPD nicht zu Unrecht galt. Sie relativierte die Gefährlichkeit der eigentlichen ideologischen Gegner, der DNVP und der NSDAP. „Den Höhepunkt erreichte diese Politik im August 1931, als sich die KPD auf Betreiben Moskaus am Volksbegehren der ‚Nationalen Opposition‘ zur Auflösung des preußischen Landtags beteiligte, durch die das

---

<sup>54</sup> Rosa Luxemburg, Was wollen wir?, in: dies., Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin 1972, S. 89.

<sup>55</sup> Dies., Sozialreform oder Revolution?, in: Ebd., Bd. 1/1, Berlin 1970, S. 400.

<sup>56</sup> Dies., Zur russischen Revolution, in: Ebd., Bd. 4, Berlin 1974, S. 346.

<sup>57</sup> Josef Stalin, Zur internationalen Lage, in: ders., Werke, Bd. 6, Berlin [Ost] 1953, S. 253.

stärkste noch verbliebene Bollwerk der Demokratie geschleift werden sollte.“<sup>58</sup> Die KPD ließ keine Gelegenheit aus, die Demokratiefeindschaft als Gemeinsamkeit mit den rechtsextremistischen Kräften herauszustreichen. Selbst wenn dies nur strategischen Prämissen geschuldet sein mochte: Die zuletzt auf 280.000 Mitglieder und fast 17 Prozent Wähleranteil angewachsene KPD hatte ihren Anteil daran, dass die Nationalsozialisten die Weimarer Republik zu Grabe trugen. Diese dankten es den Kommunisten nicht. Ihre Organisation war die erste, die das Hitler-Regime nach der „Machtergreifung“ zerschlug.

Nach dem Krieg war die KPD wiederum die erste Partei, die dank ihres „Antifaschismus“-Bonus von den Besatzungsmächten zugelassen wurde, in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) zunächst aber aus taktischen Gründen moderater auftrat als die SPD. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD), der verlängerte Arm Moskaus und eigentlicher Machthaber in der SBZ, befürchtete eine Dominanz der SPD und trieb die Verschmelzung mit der KPD zur *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (SED) voran. Wo dies nicht freiwillig geschah, wandte die SMAD Zwang an. Hoffnungen, die SED würde sich auf breiten Zuspruch in der Bevölkerung stützen können, zerschlugen sich angesichts der Wahlergebnisse im Jahr 1946. Von da an wandelte die SMAD die SED nach Vorbild der KPdSU in eine „Partei neuen Typs“ um, die in der 1949 gegründeten DDR als Diktaturpartei fungieren sollte.

Die DDR war der exakte Gegenentwurf zu einem demokratischen Verfassungsstaat. Gewaltenteilung existierte nicht, stattdessen eine unter Lenins Begriff „demokratischer Zentralismus“ firmierende Ordnung, die staatliche Strukturen, gesellschaftliche Organisationen und die Rechtsprechung dem Apparat, dem Diktat und der Willkür der SED unterwarf. Weder stand die DDR auf dem Boden eines Konstitutionalismus, noch konnten die Bürger in freien Wahlen entscheiden. Die Partei musste ihre von der sowjetischen Siegermacht nach dem Zweiten Weltkrieg installierte Herrschaft pseudolegitimieren, durch einen instrumentalisierten „Antifaschismus“ und durch den Marxismus-Leninismus als Rechtfertigungsideologie. Aus diesem Dogmengebäude leitete die SED sowohl ihre „führende Rolle“ in Staat und Gesellschaft als auch ein Wahrheitsmonopol ab. Ihre Interpretationen politischer und gesellschaftlicher Ereignisse waren ebenso sakrosankt wie ihre Entscheidungen. Alle Macht ging vom Politbüro aus; jegliche interne Kontrolle fehlte.

---

<sup>58</sup> Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Stuttgart 2008, S. 82.

Freiheit und Menschenrechte unterwarf die SED der marxistisch-leninistischen Ideologie – ein Freibrief, diese Grundwerte in der politischen Praxis zu ignorieren. Der Bau der „Mauer“ 1961, das Ministerium für Staatssicherheit und die politische Justiz wurden zu Symbolen der Unfreiheit und der Missachtung fundamentaler Rechte. Von vornherein war in der Dogmatik der SED die „persönliche F[reiheit] des Menschen [...] immer an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Sie bestimmen den konkreten Rahmen und den Inhalt der F[reiheit] des Individuums.“<sup>59</sup> In einer Diktatur kann dies nur heißen: Der Potentat bestimmt, was Freiheit zu bedeuten hat; sie fungierte nicht als unpolitischer Wert an sich. Die SED verkehrte die Menschenrechte – an deren erster Stelle bezeichnenderweise das „Recht auf Arbeit“ stand – zu Pflichten in der sozialistischen Gesellschaft. Menschenrechte seien nicht individuell, sondern könnten „nur als Klassenrechte existieren und verwirklicht werden.“<sup>60</sup>

Was die SED als „Demokratie“ ausgab, hatte mit einer freiheitlichen politischen Ordnung nichts zu tun. Die Exegeten des Marxismus-Leninismus wandten sich gegen die „bürgerliche Ideologie“, die Diktatur und Demokratie als Antipoden gegenüberstellt. Solange die „klassenlose Gesellschaft“ des Kommunismus nicht erreicht sei, handle es sich vielmehr um „voneinander nicht zu trennende Seiten der staatlichen Organisation“.<sup>61</sup> Die Methoden der Diktatur waren aus dieser Sicht in der noch nicht „klassenlosen“ DDR legitim. Theoretisch konnten tatsächliche und vermeintliche Renegaten als „Klassenfeinde“ gebrandmarkt und nach Belieben schikaniert werden, was in der Praxis auch geschah. Entsprechend war die „sozialistische D[emokratie] darauf gerichtet, das ganze Volk in die Leitung und Planung des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens einzubeziehen und damit die echte Volksherrschaft zu verwirklichen.“<sup>62</sup> Die SED propagierte eine identitäre Demokratie, in der der Volkswille mit dem Parteiwillen zusammenfallen sollte. Ein solcher Interessenmonismus widerspricht dem Interessenpluralismus einer freiheitlichen Gesellschaft diametral.

In den westlichen Besatzungszonen ging die KPD einen anderen Weg. Mit der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten 1949 gab sie sich separate Strukturen, ohne jedoch die Einflussphäre der SED zu verlassen. Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 blieb

---

<sup>59</sup> Kosing (Anm. 1), S. 184.

<sup>60</sup> Ebd., S. 341.

<sup>61</sup> Ebd., S. 105.

<sup>62</sup> Ebd.

sie mit 5,7 Prozent unter den damaligen Erwartungen und kam von da an in der Bundesrepublik über den Status einer Splitterpartei nicht hinaus. Das Bestreben Stalins, die sozialistischen Parteien des Ostblocks auf Moskauer Linie zu bringen – was im Fall von Titos unbotmäßigem Jugoslawien nicht gelang –, führte die West-KPD in die Zerreißprobe. Eine Ende 1949 verabschiedete Resolution verfügte „die Verstärkung der ideologischen Erziehung der Partei und [den] Kampf gegen die feindliche Tätigkeit und die feindlichen Einflüsse in der Partei.“<sup>63</sup> In der Folge kam es zu erzwungenen Rücktritten und Parteiausschlüssen der als „Titoisten“ gebrandmarkten Funktionäre. Zwei von ihnen – die stellvertretenden Vorsitzenden Kurt Müller und Fritz Sperling – wurden in der DDR verhaftet und für Jahre ins Zuchthaus gesteckt. Die KPD war zum Vasallen der SED geworden. Ihre ostentativ revolutionäre Programmatik trug entscheidend zum Verbot der Partei 1956 durch das Bundesverfassungsgericht bei, das der KPD eine „aktiv kämpferische, aggressive Haltung“<sup>64</sup> gegenüber der Demokratie bescheinigte. Bei der Bundestagswahl 1953 war die Partei auf 2,2 Prozent abgerutscht, hatte zum Zeitpunkt des Verbots nach eigenen Angaben aber immerhin rund 85.000 Mitglieder. Daran konnte die zwölf Jahre später im Windschatten der 1968er-Protestbewegung gegründete *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) anknüpfen.

Die Rebellion der „antiautoritären“ 68er zeitigte einige Paradoxien. Sie entfachte einen Sturm, der maßgeblich zu einer Liberalisierung der Gesellschaft beitrug. Der Aufstand der ersten Nachkriegsgeneration gegen „die Alten“ führte aber auch einen Frontalangriff gegen deren fest verwurzelten – und durchaus nicht immer demokratisch motivierten – Anti-Kommunismus. Dass dies die Wahrnehmung des Linksextremismus grundlegend verschob, ist eine zweifelhafte Leistung der 68er. Die Frage der Gegnerschaft zur freiheitlichen Gesellschaft stellte sich mehr und mehr fast ausschließlich mit Blick auf den Rechtsextremismus.<sup>65</sup> Linksextremistische Phänomene galten dagegen eher als eine Art harmloses Skurrilitätenkabinett. Hinzu kommt: Den Kultur-Rebellen galt von vornherein nicht die „spießige“ DDR als Projektionsfläche eigener Politikentwürfe. Vorbild waren

---

<sup>63</sup> Resolution der 14. PV-Tagung der KPD, in: Günter Judick/Josef Schleifstein/Kurt Steinhaus (Hrsg.), KPD 1945-1968. Dokumente, Bd. 1, Neuss 1989, S. 298.

<sup>64</sup> Gerd Pfeiffer/Hans-Georg Strickert (Hrsg.), KPD-Prozess. Dokumentarwerk, Bd. 3, Karlsruhe 1956, S. 612.

<sup>65</sup> Vgl. Jürgen P. Lang, Linksextremismus in Deutschland – seine Wahrnehmung in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, in: Alexander Gallus/Tom Thieme/Thomas Schubert (Hrsg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 409-420.

vielmehr die linksextremen Befreiungsbewegungen, die sich in Staaten der „Dritten Welt“ gegen den sogenannten „US-Imperialismus“ auflehnten. Der Anti-Amerikanismus der „68er“ kappte die auf politischer Ebene stets festgezurrte Westbindung und reaktivierte damit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft das Feindbild der westlichen Demokratien, die einst nationalistischen Kreisen als „undeutsch“ galten.<sup>66</sup> Dies führte zu einer schleichenden Umkehr dessen, was als „gut“ oder „böse“ angesehen wurde. Politische Repression identifizierte die (liberale) westdeutsche Gesellschaft der 1970er und 1980er Jahre wesentlich mit den (ebenfalls liberalen) USA, kaum noch mit den (illiberalen) kommunistischen Diktaturen. Wer es dennoch tat, galt schnell als „Nazi“.

Dies vernebelte die Tatsache, dass ein Gutteil der 68er-Protagonisten – in Wahrheit nie ganz frei von autoritären und militanten Attitüden<sup>67</sup> – später dem orthodoxen Kommunismus der K-Gruppen oder dem Terrorismus verfielen. Mehr noch: Der deutsche Linksterrorismus ist ohne die 68er-Bewegung und ihr organisatorisches Zentrum, den *Sozialistischen Deutschen Studentenbund* (SDS) um Rudi Dutschke, nicht zu denken. Dessen „omnipräsente Agitation“ leistete nicht nur „der Dämonisierung der bundesdeutschen Wirklichkeit Vorschub [...]. Wichtiger noch ist die Enttabuisierung von Gewalt auch gegen Personen, die Dutschke stets nur aus strategischen, nicht prinzipiellen Erwägungen heraus verworfen wissen wollte.“<sup>68</sup> Zusammen mit dem zum Ultralinken mutierten Verleger Giangiacomo Feltrinelli avancierte Dutschke zum Pionier eines transnationalen Netzwerks. Die Kontakte der beiden Leitfiguren halfen westdeutschen Linksextremisten, die Schwelle zu militanten Aktionen zu überschreiten.

Angesichts dieser politischen Dispositionen konnte sich der deutsche Linksterrorismus<sup>69</sup> sozusagen ins gemachte Bett legen. Die Anschläge der ersten Generation der *Roten Armee Fraktion* (RAF) um Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof waren vor allem darauf aus, den demokratischen Staat herauszufordern, zu „repressiven“ Gegenmaßnahmen zu verleiten und auf diese Weise seinen – angeblich – faschistischen Kern bloßzulegen.

---

<sup>66</sup> Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 5: Demokratie und Pluralismus, Baden-Baden 2007, S. 83.

<sup>67</sup> Vgl. Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

<sup>68</sup> Petra Terhoeven, Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen. München 2014, S. 80.

<sup>69</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Alexander Straßner in diesem Band.

Stammheim: Den Namen des Gefängnisses, in dem sie einsaßen, verwandelten die RAF-Führer in ein Fanal ihrer Propaganda, die – teils aus Ohnmacht, teils aus Größenwahn – vor allem das Ausland zu erreichen suchte. In der Tat schafften sie es vor allem dort, die bundesrepublikanische Wirklichkeit in ein Horrorbild zu verwandeln. Stammheim wurde „im In- und besonders im Ausland zum Synonym einer typisch deutschen, perfekten Vernichtungsmaschinerie.“<sup>70</sup> Ihren Selbstmord im Oktober 1977 inszenierten die Häftlinge als eine getarnte Hinrichtung. Der Terror der zweiten RAF-Generation gipfelte in der Entführung und Ermordung Hanns Martin Schleyers. Die Terroristen um Christian Klar hatten sich ganz auf die Freipressung der ersten Generation fokussiert<sup>71</sup> und politische Botschaften allenfalls als Fassade aufrechterhalten. Dies förderte die Isolation der RAF innerhalb der (extremen) Linken in Deutschland. Gesamtgesellschaftlich gesehen schwächten die Taten die zweifelhafte Reputation, die der Linksextremismus gewonnen hatte. Seit den 1990er Jahren kann von Linksterrorismus in Deutschland keine Rede mehr sein. Das heißt nicht, dass ein gewaltorientierter Linksextremismus seitdem nicht existiert, im Gegenteil. Für die sogenannten Autonomen und linksradikale Zellen wie die *Militante Gruppe* (MG) gehört(e) er zum Selbstverständnis.<sup>72</sup>

Ein weiteres Zerfallsprodukt der 68er-Bewegung sind die sogenannten K-Gruppen, wohl deutlichster Beleg für die fortschreitende Marginalisierung des westdeutschen Linksextremismus vom Ende der 1970er Jahre bis zur demokratischen Revolution in der DDR – dies, obwohl die einschlägigen Organisationen (die moskautreue DKP eingeschlossen) Anfang der 1970er Jahre 80 bis 100.000 Mitglieder umfassen dürften.<sup>73</sup> Doch Zersplitterung und Abgrenzung kennzeichneten das Spektrum entgegen aller „marxistischen“ Ansprüche einer schlagkräftigen Arbeiterbewegung. Der verbissene ideologische Kampf um Meinungsführerschaft und Wahrheitsmonopole trieb die einzelnen Gruppierungen in die Isolation – auch zueinander. Den spärlichen Fusionen war kein Erfolg beschieden. Wer die K-Gruppen politische Sekten nennt, trifft den Punkt. Die meisten von ihnen verteufelten die ideologische Linie der DKP und die post-stalinistische Ära der Sowjetunion als

---

<sup>70</sup> Terhoeven (Anm. 68), S. 252.

<sup>71</sup> Vgl. Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die Zweite Generation der RAF, Opladen 1997.

<sup>72</sup> Vgl. den Abschnitt zum aktionsorientierten Linksextremismus.

<sup>73</sup> Vgl. Koenen (Anm. 67), S. 17 f.

„revisionistisch“. Als Vorbilder galten Maos China und Enver Hodschas Albanien. Die im kommunistischen China zur Staatsdoktrin erhobene „Drei-Welten-Theorie“ – sie wandte sich gegen die „imperialistische“ Vorherrschaft der USA und der Sowjetunion gleichermaßen – bildete für viele K-Gruppen das ideologische Grundgerüst.

Der DKP – neben trotzkistischen Gruppierungen Hauptfeind der K-Gruppen – gelang es nicht, von deren Misserfolg zu profitieren. Trotz massiver Subventionen aus der DDR konnte die Quasi-Neugründung der 1956 verbotenen KPD nicht reüssieren. Bei Wahlen verfehlte sie die Fünfprozenthürde weit, obwohl sie (anders als die K-Gruppen) versuchte, sich gegenüber dem Parteiensystem der Bundesrepublik zu öffnen und von Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre mittels Kampagnen einen Fuß in die Tür zur Gesellschaft zu bekommen. Unter anderem konnte sich die nach wie vor dem Marxismus-Leninismus Moskauer Lesart verpflichtete DKP „aufgrund ihrer organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten mit der Zeit für die Friedensbewegung zu einem unentbehrlichen Faktor“<sup>74</sup> entwickeln. Mit der Perestroika in der Sowjetunion und dem Zusammenbruch der DDR ereilte die DKP das Schicksal der K-Gruppen: Niedergang und Fraktionierung. Der größtenteils in ideologischen Dogmen gefangene westdeutsche Linksextremismus schaffte es vor der „Wende“ zu keinem Zeitpunkt, eine gesellschaftlich einflussreiche oder politisch erfolgreiche Organisation herauszukristallisieren. Dies gelang nach 1989 ausgerechnet einer Partei, die als SED 40 Jahre lang eine Diktatur aufrechterhalten hatte – der PDS, heute *Die Linke*.

### 3 Parteiförmiger Linksextremismus

#### 3.1 DKP und DFU

„Die DKP war weniger eine Partei der Bundesrepublik denn in erster Linie ein Interventionsapparat der SED.“<sup>75</sup> Auf diesen Satz lässt sich die Geschichte der Partei bis 1989 verdichten. Die Zeit danach war eine Zeit ideologischer Borniertheit, der Spaltungen und der Bedeutungslosigkeit. Die DKP fällt unter diejenigen Parteien, die einen strikten Marxismus-Leninismus verfolgten und jegliche „eurokommunistische“ Abweichung im Keim erstickten.

---

<sup>74</sup> Udo Baron, Die Bündnis- und Kampagnenpolitik der DKP, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008, S. 59.

<sup>75</sup> Rudolf van Hüllen, Was war die DKP? Eine analytische Skizze, in: Ebd., S. 40.

Zwar trieb ihre Ost-Berlin- und Moskauhörigkeit die DKP bei Unstimmigkeiten zwischen SED und KPdSU in Loyalitätskonflikte, doch an ihrer kommunistischen Orthodoxie konnte es keinen Zweifel geben. In der Gesellschaft der alten Bundesrepublik konnte deren größte linksextremistische Partei seit ihrer Gründung 1968 – sie zählte zeitweise 40.000 Mitglieder – nicht zuletzt aus diesem Grund nie Fuß fassen. Bei Wahlen blieb die DKP selbst hinter den mageren Ergebnissen ihrer Vorgängerin KPD zurück. An den Abstimmungen zum Deutschen Bundestag nahm die DKP vor der „Wende“ nur bis 1983 teil – die 0,2 bis 0,3 Prozent dürften sie nicht zufrieden gestellt haben, zumal die SED einen umfangreichen Kader an hauptamtlichen Funktionären finanzierte, der in der Relation mit den Apparaten der Volksparteien konkurrieren konnte. Die DDR sponserte sogar eine militärische Ausbildung von DKP-Mitgliedern. Programmatisch gab sich die Partei einen gemäßigten Anstrich, ohne jedoch die Maximen des ML aufzugeben. Die SED nutzte die DKP anfangs hauptsächlich als Instrument prosovjeterischer Propaganda im „Kalten Krieg“. Allerdings scheiterten die West-Kommunisten mit der Umsetzung der Vorgabe aus Ost-Berlin, in den Betrieben kommunistische Bastionen aufzubauen. Eine Arbeiterpartei ist aus der DKP, auch mit Blick auf die Mitgliedschaft, nie geworden. Lediglich im universitären Bereich erlangte ihr Ableger *Marxistischer Studentenbund Spartakus* (MSB), einen gewissen Einfluss. Vor allem junge Akademiker prägten die DKP.

Ab Mitte der 1970er Jahre verlegte sich die DKP unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Herbert Mies, einem Vasallen des SED-Generalsekretärs Erich Honecker, darauf, ihre Bündnispolitik zu forcieren. So umgab sich die Partei mit einem Kordon nur formal unabhängiger Vorfeldorganisationen, deren Funktion es war, die Tür zur Gesellschaft zu öffnen.<sup>76</sup> Der MSB sollte Studenten an die Partei binden, die SDAJ die Jugend. Unter maßgeblichem Einfluss der DKP stand die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten* (VVN-BdA). Gleichwohl gelang es der Organisation mit Hilfe des moralisch hoch aufgeladenen Antifaschismusbegriffs,<sup>77</sup> zahlreiche Demokraten an sich zu binden. Gleiches galt für die *Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner* (DFG-VK) und die bereits 1960 gegründete *Deutsche Friedensunion* (DFU). Letztgenannte firmierte

---

<sup>76</sup> Vgl. Udo Baron, *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“*, Berlin u. a. 2003.

<sup>77</sup> Vgl. Bettina Blank, *„Deutschland, einig Antifa“? „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten*, Baden-Baden 2014.

lange Zeit als Partei und wurde bis 1989 wie die DKP von der SED gefördert. Die DFU setzte sich für Abrüstung, Abschaffung der Atomwaffen und die Neutralität Gesamtdeutschlands im Ost-West-Konflikt ein. Doch dies waren lediglich vordergründige Anliegen, in Wahrheit ging es ihr um die Durchsetzung sowjetischer Interessen. Mitte der 1960er Jahre scheiterte das Vorhaben der DFU, in Westdeutschland ein breites Linksbündnis zu schmieden.

Das Friedensthema bot DKP und DFU eine treffliche Gelegenheit, gesellschaftliche Reputation zu gewinnen. In mehreren Kampagnen versuchten die Kommunisten, die Friedensbewegung in ihren Sinne zu beeinflussen, wenn nicht zu steuern. 1974 schufen sie das *Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit* (KOFAZ), eine klassische Tarnorganisation, die nach außen hin als überparteiliches Personenbündnis auftrat. Das KOFAZ übernahm die Koordination der Protestbewegung und kooperierte über die DDR mit dem sowjetischen „Weltfriedensrat“. Die Erfolge des Komitees blieben anfangs bescheiden. Gleichwohl stieß die Ende 1980 ins Leben gerufene *Krefelder Initiative* (KI) gegen den sogenannten NATO-Doppelbeschluss auf breitere Resonanz. Die KI „belegt, dass sich die DKP aufgrund ihrer organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten mit der Zeit zu einem für die Friedensbewegung unentbehrlichen Faktor entwickelt hatte.“<sup>78</sup> Durchsetzen konnte die DKP ihre Vorstellungen jedoch nicht.

Schon vor der demokratischen Revolution in der DDR geriet die DKP in schwierige Fahrwasser. Während die Mehrheit der Partei(-führung) eisern an dem ideologischen Autismus der SED festhielt, scherte der sogenannte „Erneuerer“-Flügel aus und sympathisierte offen mit der von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion initiierten Perestroika. Die „Erneuerer“ unterlagen in dem internen Machtkampf und spalteten sich noch vor der „Wende“ von der DKP ab. Einige von ihnen, unter anderem der ehemalige Hamburger DKP-Vorsitzende Wolfgang Gehrcke, fanden in der PDS eine neue Heimat und bekleiden zum Teil noch heute wichtige Funktionen in der *Linken*. Während die SED-PDS 1990 Erich Honecker aus der Partei warf, verabschiedete die DKP Herbert Mies unter großem Applaus. Ideologisch blieb die Partei – ihre Mitgliederzahl schrumpfte zwischen 1990 und 2014 von 19.000 auf 3.000 – unbeeindruckt auf ML-Kurs. In ihrem 2006 verabschiedeten Programm heißt es: „Die weltanschauliche Grundlage für die sozialistische Zielsetzung der

---

<sup>78</sup> Vgl. Udo Baron, Die Bündnis- und Kampagnenpolitik der DKP, in: Hirscher/Pfahl-Traugber (Anm. 74), S. 59.

DKP ist ein wissenschaftlicher Sozialismus, die Theorie von Marx, Engels und Lenin.“<sup>79</sup> Offene DDR-Apologie verband sich mit ostentativer Konfrontation gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat.

### 3.2 K-Gruppen

Ein Gegner der DKP waren die K-Gruppen, jene Kleinorganisationen, die den Kommunismus Moskauer Façon als revisionistisch, imperialistisch und sich dem Kapitalismus anbietend verteufelten. Statt eines Marxismus-Leninismus frönten sie des Maoismus, pflegten dessen „kulturrevolutionäres“ Vokabular und den entsprechenden Habitus. „Die Generation, die angetreten war ‚Auschwitz‘ zu verarbeiten, gebar eine Generationskohorte, die Konzentrationslager in der Sowjetunion Stalins, im China Maos und im Kambodscha Pol Pots ausdrücklich rechtfertigte.“<sup>80</sup> Nach innen herrschte ein rigider „demokratischer Zentralismus“, der zu einem System von Befehl und Gehorsam entartete. „Unter dem Deckmantel des ‚Demokratischen Sozialismus‘ wurden die Mitglieder mitunter 20 Stunden am Tag vereinnahmt, was ihnen ein Leben außerhalb der Partei unmöglich machte.“<sup>81</sup> Diese streng auf Hierarchie und ideologische Disziplin getrimmte Binnenkultur förderte von außen kaum nachvollziehbare, wechselseitige Abgrenzungen, rief aber auch vielfältige Abspaltungen und Umgruppierungen hervor. Das Sektierertum der K-Gruppen verhinderte, dass ihre proletarische Fixierung bei Arbeitern auf Zuspruch stieß. Gegen Ende 1970er Jahre hatten die K-Gruppen – sie zählten Mitte jenes Jahrzehnts zusammengenommen rund 15.000 Mitglieder – ihren bescheidenen Höhepunkt bereits überschritten.

Zu den rigidesten K-Gruppen zählt die 1968 gegründete KPD/ML. Ihre führenden Köpfe Ernst Aust und Willi Dickhut kamen aus der 1956 verbotenen KPD, waren aber nach dem XX. Parteitag der KPdSU vom Moskauer Kurs enttäuscht. Fürderhin verschrieben sie sich dem Kampf gegen den „Opportunismus“ innerhalb der kommunistischen Konkurrenz. Die

---

<sup>79</sup> Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschluss der 2. Tagung des 17. Parteitags der DKP, 8. April 2006, S. 21.

<sup>80</sup> Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 15.

<sup>81</sup> Ebd., S. 42. Vgl. auch: Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1978; Frank D. Karl, Die K-Gruppen. Entwicklung – Ideologie – Programme, Bonn 1976, S. 97.

KPD/ML schwamm auf der Scheitelwelle des Maoismus in Deutschland und vereinte schließlich einige der nur lokal präsenten einschlägigen Gruppen zu einem größeren Verbund. Die KPD/AO wies dagegen keine Verbindung zur alten KPD auf. Ihre zentrale Figur, Christian Semler, war eines der führenden Mitglieder des SDS. Zusammen mit Jürgen Horlemann gründete Semler aus verschiedenen linksradikalen Fragmenten der Westberliner *Außerparlamentarischen Opposition* (APO) Ende 1969 die KPD/AO, die schnell als Paradebeispiel einer aggressiven Kaderpartei mit „bombastischer Propaganda“<sup>82</sup> galt. Fraktionierungen kennzeichneten die weitere Geschichte. 1986 verschmolz die Partei, die sich von 1971 an nur noch KPD nannte, mit dem einstigen ideologischen Erbfeind, der seinerzeit größten trotzkistischen Organisation in Deutschland, der *Gruppe Internationaler Marxisten* (GIM). Dem Produkt namens *Vereinigte Sozialistische Partei* (VSP) war allerdings nicht der erhoffte Erfolg beschieden.

Der *Kommunistische Bund Westdeutschlands* (KBW) war eher eine Spätgeburt. Sie entstand erst 1973 als Zusammenschluss unterschiedlicher kommunistischer Gruppierungen. Das Ziel des Chefideologen Joscha Schmierer, die Zersplitterung der ML-Gruppen zu überwinden, ging mit einem gemäßigeren Auftreten einher. Der KBW erhob im Gegensatz zu den KPD-Gruppen keinen ideologischen Alleinvertretungsanspruch. Die Abspaltung *Bund Westdeutscher Kommunisten* (BWK) firmierte von der Gründung 1980 bis 1995 als Partei. Anschließend ging der BWK in der PDS als „Arbeitsgemeinschaft“ auf, die sich zwei Jahre später auflöste. Fraktionierungen verschonten auch den heute noch existenten und in Bayern aktiven *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD* (AB) nicht. Dessen „KAZ-Fraktion“ näherte sich sogar der DKP an. Ideologisch agitierten die einstigen Maoisten zuletzt gegen das – vermeintliche – Erstarken des deutschen Imperialismus.

Ähnlich gestrickt wie der AB war der in Norddeutschland präsente *Kommunistische Bund* (KB),<sup>83</sup> der als „liberalste“ der K-Gruppen galt. „Niemals stieg der KB auf [maoistische] Supermachts- und Dreiweltentheorien ein, Hauptfeind blieb der einheimische Imperialismus. Dem deutschen Staat wurde eine laufende Faschisierung unterstellt.“<sup>84</sup> Damit war die

---

<sup>82</sup> Anton Stengl, *Zur Geschichte der K-Gruppen. Marxisten-Leninisten in der BRD der siebziger Jahre*, Frankfurt a. M. 2001, S. 37.

<sup>83</sup> Vgl. dazu die einzige Gesamtdarstellung einer K-Gruppe: Michael Steffen, *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Berlin u. a. 2002.

<sup>84</sup> Ebd., S. 71.

Affinität einiger Mitglieder zu den später entstehenden Antideutschen vorgezeichnet. Unmittelbar nach der „Wende“ spaltete sich der KB in eine „Mehrheit“ und eine „Minderheit“ (*Gruppe K*). Während jene die „soziale Frage“ entdeckte und auf PDS-Linie einschwenkte, bezog diese dezidiert „antideutsche“ Positionen und erblickte im wiedervereinigten Deutschland ein „Viertes Reich“. 1990 standen die K-Gruppen vor der Frage, ihre Wahl- und Bündnisstrategien in Konkurrenz zur PDS fortzusetzen oder aber sich als Partner der SED-Nachfolger anzudienen. Für die letzte Option entschieden sich an den für die Klärung solcher Fragen ins Leben gerufenen „Roten Tische“ neben der KB-Mehrheit auch die VSP und der BWK, während die MLPD ihre strikte Abgrenzung beibehielt. Die strukturelle Schwäche der West-PDS machte es linken „Sektierern“ leicht, gewisse Machtpositionen zu erobern.

### 3.3 MLPD

Die heute noch existente *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD) entstand 1972 als *Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands* (KABD) aus der Fusion der KPD/ML-Abspaltung *Revolutionärer Weg* mit dem *Kommunistischen Arbeiterbund* (KAB). Die MLPD ließ an ihrer maoistisch-stalinistischen Ausrichtung niemals auch nur den geringsten Zweifel aufkommen. Beharrlich kämpfte sie gegen „revisionistische“ Abweichungen, die sie in praktisch allen anderen kommunistischen Organisationen ausmachte. In ihrem reichbebilderten ideologischen Lehrbuch heißt es beispielsweise: „Nach der Machtergreifung einer entarteten Bürokratie auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und der offenen Propagierung des modernen Revisionismus wurde in der Sowjetunion schrittweise der Kapitalismus restauriert [...]. Auf der Grundlage dieses staatsmonopolistischen Kapitalismus neuen Typs bildete sich der sowjetische Sozialimperialismus heraus.“<sup>85</sup> Für die MLPD ist es die Arbeiterklasse, die den Sturz der „Diktatur der Monopolkapitalisten“ herbeiführen müsse. In der Tat versuchte die MLPD mühevoll, in Betrieben „Gewerkschaftsarbeit“ zu leisten und das „Proletariat“ für die eigene Sache zu gewinnen. Sie

---

<sup>85</sup> Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands – MLPD (Hrsg.), *Für ein sozialistisches Deutschland. Eine Einführung in das Programm der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands – MLPD*, 2. Aufl., Essen 1992, S. 79.

konnte Mandate in Betriebsräten vornehmlich in großen Konzernen der Metall- und Elektroindustrie erringen<sup>86</sup> und agitiert(e) gegen Arbeitsmarktreformen oder „Hartz IV“.<sup>87</sup>

Die MLPD brüstet sich außerdem mit ihrer „proletarischen“ Mitgliedschaft, von der eine übergroße Mehrheit der Arbeiterklasse angehören soll. Gleichwohl blieb die Mitgliederzahl stets überschaubar und dürfte aktuell unter 2.000 liegen; die 3.000er-Marke übersprang die Partei nie. Im Gegensatz zu anderen K-Gruppen schaffte es die MLPD, von Abspaltungen verschont zu bleiben. Der Grund dafür ist wohl, dass die Mitglieder zusätzlich zur „szenetypischen“ Disziplin und Subordination von Debatten in anderen linksextremistischen Organisationen abgeschottet werden. Mehr noch: Die Bindung an die Partei ist außerordentlich hoch. Sie verlangt ihren Mitgliedern ein enormes Maß an Engagement ab. Für viele ist die MLPD eine Ersatzfamilie; Sozialkontakte außerhalb der Organisation dürften, so sie denn stattfinden, argwöhnisch beäugt werden. In einem Parteitagbeschluss von 2005 heißt es: „Die Kontrolle der Denkweise insbesondere der leitenden Kader der Partei“ sei notwendig, um „einer revisionistischen Entartung“<sup>88</sup> vorzubeugen.

Das wohl auffallendste Merkmal der MLPD ist ihre ausgezeichnete finanzielle Situation. Im Jahr 2003 verfügte sie – angeblich – über 5,5 Millionen Euro, hinzu kam ein geschätzt 11,5 Millionen Euro schwerer Immobilienbesitz – vornehmlich in Gelsenkirchen, der Stadt ihrer Zentrale. Bei Sonneberg unterhält die MLPD ein Ferien- und Freizeitzentrum; ihre Publikationen werden mit großem finanziellem Aufwand subventioniert. Das Parteivermögen soll größtenteils aus den Taschen einzelner Mitglieder stammen. Daneben profitiert die MLPD regelmäßig von Großspenden. Trotz finanzieller Potenz und höchster Mobilisierbarkeit der Mitglieder ist der Einfluss der MLPD äußerst begrenzt. Bei Wahlen kam sie nicht über die desolaten Ergebnisse anderer K-Gruppen hinaus und blieb stets im Nullkomma-Bereich. Lediglich bei Kommunalwahlen erzielte sie kleine Erfolge, allerdings nicht unter eigenem Namen, sondern mit dem als „überparteilich“ bezeichneten Wahlbündnis *Alternativ Unabhängig Fortschrittlich* (AUF).

---

<sup>86</sup> Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Eine stalinistische Sekte wird 40 Jahre alt – seit 25 Jahren heißt sie MLPD, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2008, S. 169.

<sup>87</sup> Vgl. Kampfprogramm der MLPD. Beschlossen vom I. Parteitag der MLPD, Stuttgart 1982.

<sup>88</sup> Zit. nach Müller-Enbergs (Anm. 86), S. 172.

### 3.4 Trotzistische Gruppen

Es fällt nicht leicht, das Dickicht trotzistischer Splittergruppen zu durchblicken. 1996 gab es 13 staatenübergreifende Dachverbände,<sup>89</sup> die allesamt die Tradition der 1938 in Paris als Opposition zur stalinistischen III. Internationale (*Komintern*) gegründeten IV. Internationale beanspruchen. In diesen Verbänden sammelt sich eine Vielzahl trotzistischer Organisationen, die einander heftig befehden und nicht zuletzt aus diesem Grund meist keine gesellschaftliche Relevanz entfalten. Ausnahmen bilden unter anderem die Organisationen *Ligue Communiste Révolutionnaire* und *Lutte Ouvrière* in Frankreich. In Deutschland kam selbst die GIM zu ihren Hochzeiten in den 1960er Jahren nicht über 600 Mitglieder hinaus. Die zweitgrößte trotzistische Gruppe hierzulande, der *Bund Sozialistischer Arbeiter* (BSA)<sup>90</sup> umfasste meist nicht einmal ein Drittel davon. Bereits in den 1970er Jahren traten klassisch trotzistische Gruppierungen seltener in Erscheinung und wurden in ihrer Bedeutung von lokal operierenden „Spontaneisten“ abgelöst, die den Rätekommunismus mit dem anarchistischen Gedanken der Arbeiterautonomie kombinierten.<sup>91</sup>

Zuletzt machten trotzistische Gruppierungen wie der *Linksruck* (LR) oder die *Sozialistische Alternative – Voran* (SAV) im Zuge der Fusion der PDS mit der Protestpartei *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative* (WASG) 2007 von sich reden. Zur Essenz trotzistischer Strategie gehört von jeher die Unterwanderung anderer (linker) Organisationen, die nicht unbedingt extremistisch sein müssen. Die GIM zum Beispiel hatte dies im Falle der SPD mehr oder weniger erfolglos versucht. Noch ungefestigte Organisationen wie die WASG waren umso anfälliger. LR und SAV verrieten in diesem Fall die unterschiedlichen Taktiken dieses Entrismus. Der LR war erst 1993 entstanden. Damals wollte sich der trotzistische Dachverband *International Socialist Tendency* (IST) seiner deutschen Filiale *Sozialistische Arbeitergruppe* (SAG) entledigen. Er schickte junge Aktivisten an, die *Jungsozialisten* zu unterwandern. Dem *Linksruck*-Kommando gelang dies zwar nicht, wohl aber, die SAG-Führung zu entmachten.

---

<sup>89</sup> Vgl. Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, *Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr*, Bonn 1996, S. 277-280.

<sup>90</sup> Vgl. *Bund Sozialistischer Arbeiter, Das Ende der DDR. Eine politische Autopsie*, Essen 1992.

<sup>91</sup> Vgl. Hubert Kleinert, *Geschichte des linken Radikalismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1990*, in: Dovermann (Anm. 45), S. 71.

Neun Jahre später erkannte die einschlägig erfahrene „Task Force“ die Gunst der Stunde und beteiligte sich früh aktiv am Aufbau der WASG. „Noch bevor Neueintritte den Zugang zu wichtigen Schaltstellen der WASG blockieren konnten, setzte die Organisation auf Entrismus, zunächst durch Positionierung eigener Funktionäre an wichtigen Stellen.“<sup>92</sup> Janine Wissler rückte in den Landesvorstand der hessischen WASG, Nicole Gohlke machte im bayerischen Landesverband eine ähnliche Karriere. Christine Buchholz brachte es am weitesten und bestimmte bald die Geschicke der WASG im Bundesvorstand mit. Alle drei Politikerinnen würden Jahre danach in der aus der Fusion hervorgegangenen Partei *Die Linke* wichtige Funktionen und Mandate erringen. Zu dem geschmeidigen Aufstieg seiner Aktivisten beigetragen hatte, dass der LR seine leninistische Ideologie hintanstellte und sich verbal im Fahrwasser der nicht-extremistischen WASG-Programmatik bewegte.

Dagegen war die SAV, die als deutsche Sektion der trotzkistischen Dachorganisation *Committee for a Workers' International* (CWI) mit Sitz in London auftrat, auf Konfrontation gebürstet – und erntete dadurch am Ende weniger Früchte. Mit ihren Spitzenleuten Lucy Redler und Sascha Stanicic eroberte sie den Berliner Landesverband der WASG. Aus ihrem strikten Antikapitalismus und Kaderdenken machte die SAV keinen Hehl – sie stieß nicht zuletzt deshalb auf entschiedenen Widerspruch derer, die die WASG als pluralistische Organisation sahen – den LR eingeschlossen. Im Grundsatzprogramm von 1999 verpflichtete sich die SAV zum „Aufbau einer revolutionären sozialistischen Massenpartei“.<sup>93</sup> Sie grenzte sich von dem „Stalinismus“ (der SED) wie „dem reformistischen Sozialismus“ (der PDS) ab. Ihre avantgardistische Rolle in der WASG definierte sie wie folgt: „Der Aufbau der WASG als breiter Partei und der Aufbau der SAV als sozialistischer Organisation und Strömung innerhalb der WASG sind kein Widerspruch. Deshalb rufen wir dazu auf, in die WASG einzutreten, um eine breite Arbeiterpartei aufzubauen, und in die SAV einzutreten, um eine marxistische Organisation aufzubauen, die sozialistische Ideen und Praxis in der Arbeiterklasse verankern kann.“<sup>94</sup>

---

<sup>92</sup> Andreas Vollmer, *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), Entstehung, Geschichte und Bilanz*, Baden-Baden 2013, S. 63.

<sup>93</sup> Grundsatzprogramm der SAV, Manuskript, 31. August 2002.

<sup>94</sup> Resolution der SAV-Bundeskonferenz, Manuskript, 27. März 2005.

Auch in anderen Landesverbänden der WASG gaben sich linke Fundamentalisten ein Stelldichein. Im Falle Berlins sollte dies die Fusion mit der PDS später auf eine schwere Probe stellen. Heute verfügen Trotzlisten mit dem Netzwerk *Marx 21*, das sich als Nachfolgerin des LR in der Plattform *Sozialistische Linke* (SL) konstituiert hat, über eine starke Bastion in der *Linken*. Die Gruppe verpflichtete sich weiterhin einem von der Arbeiterklasse getragenen „Sozialismus von unten“. Die von ihr veranstalteten Kongresse „Marx is’ Muss“ waren Versuche, die „orthodoxen“ Kräfte in der *Linken* zu bündeln. Im Mitarbeiterstab der Bundestagsfraktion zeigten die Trotzlisten starke Präsenz, was sich unter anderem in zahlreichen außenpolitischen Papieren bemerkbar machte. Auch der Hochschulverband der *Linken* ist fest im Griff des ehemaligen LR.

### 3.5 PDS/Die Linke

Im Sommer 2010 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht indirekt die extremistische Grundausrichtung der *Linken*. Geklagt hatte der damalige stellvertretende Vorsitzende ihrer Bundestagsfraktion, Bodo Ramelow, der sich gegen die Sammlung öffentlich zugänglichen Materials zu seiner Person durch den Verfassungsschutz wehrte. Indizien für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei sah das Gericht vor allem in den orthodox-kommunistischen Zusammenschlüssen in der *Linken* und der Tatsache, dass Angehörige dieser Gruppierungen in der Partei wichtige Funktionen einnehmen. Dass der damalige Parteichef Klaus Ernst prompt erklärte, es gebe keinen Grund, etwa die *Kommunistische Plattform* auszuschließen, spricht Bände. Fakten gäbe es in der Tat genug, um Zweifel an der demokratischen Orientierung der *Linken* zu schüren. Wer diese Fakten ins Feld führt, kann nicht auf eine gesellschaftliche Deutungshoheit bauen. Obwohl die personellen und ideologischen Kontinuitäten mit der SED immer noch deutlich sind, erblicken viele in der *Linken* eine Art „wahre“ Sozialdemokratie. Politologen, die sich einer parteiensoziologischen Einordnung befleißigen, hielten schon die PDS für ideologisch kongruent mit der „Nach-Godesberg-SPD“, habe sie sich doch auf „dieselben Grundwerte“<sup>95</sup> berufen. Eine solche Perspektive blendet freilich die ideologischen Komponenten aus und rückt die

---

<sup>95</sup> Matthias Micus, Stärkung des Zentrums. Perspektiven, Risiken und Chancen des Fusionsprozesses von PDS und WASG, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/ders./Franz Walter (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Göttingen 2007, S. 199.

Interessenpartei für diejenigen in den Vordergrund, die sich von der SPD links liegen gelassen fühlen.

Ist erst derjenige ein Extremist, der offensiv eine Diktatur propagiert? Muss man offen zur Revolution aufrufen oder einer der Großideologien wie dem Kommunismus oder dem Nationalsozialismus anhängen, um als Extremist zu gelten? Der Verstand sagt Nein. Neben den „harten“ Varianten des politischen Extremismus wie sie einst etwa KPdSU oder NSDAP verkörperten, gibt es weiche, die sich – vordergründig – an demokratische Prinzipien halten, durch die Hintertür aber ein Verständnis etwa von Freiheit, Pluralismus und Demokratie ins Feld führen, das mit dem des demokratischen Verfassungsstaates nichts zu tun hat.<sup>96</sup> Ein weicher Extremismus – er ist deshalb nicht „weniger extremistisch“ und nicht weniger gefährlich – wäre auf dessen Schwächung aus und könnte sich durch eine distanzierende oder instrumentalisierende Haltung zu einer freiheitlichen Demokratie auszeichnen sowie durch eine Umdeutung ihrer zentralen Begriffe.

Die Antwort auf die Frage, ob die PDS/*Die Linke* eine antidemokratische Partei ist oder nicht, entscheidet über die momentane Stärke oder Schwäche des Linksextremismus in Deutschland. Wie geschildert, hat sich eine Vielzahl extremistischer Organisationen und Personen an die Partei gebunden, die gleichsam in diesem Spektrum – wenn auch nicht im gesamten – als Magnet zu wirken scheint. Dies spricht für ein Erstarren des deutschen Linksextremismus nach der „Wende“ und gegen die demokratische Qualität der PDS/*Die Linke*. Entlastend schlägt allerdings zu Buche, dass die heute (Ende 2016) knapp 59.000 Mitglieder starke Partei in den Landtagen bzw. an den Regierungen im Osten Deutschlands und in Berlin nicht mit ideologischer, sondern pragmatischer Politik auffiel. Dies überdeckte die tiefe Fraktionierung der *Linken*, wobei im Gegensatz zur alten PDS die Reformkräfte ins Hintertreffen geraten sind. Die Fusion mit der WASG hat paradoxerweise nicht zu einer Mäßigung der Positionen beigetragen.

In der *Linken* scheint es seit dem Zusammenschluss zum guten Ton zu gehören, die „Systemfrage“ zu stellen. In ihrem Erfurter Programm ist an mehreren Stellen von einem „Systemwechsel“ und von einem gegen „den Kapitalismus“ gerichteten anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die Rede. Da der Kapitalismus offenkundig als Herrschaftssystem

---

<sup>96</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/ders. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 13-31.

firmit, machen die propagierten Veränderungen vor den Strukturen einer Demokratie nicht halt. So forderte der Cottbusser Parteitag 2008 „die Frage nach den Regeln des [gesellschaftlichen] Systems zu stellen und über das bestehende System hinauszugehen.“<sup>97</sup> Der Kritik der *Linken* an der DDR folgt kein bedingungsloses Plädoyer für einen demokratischen Verfassungsstaat.

Zwar erkannte die Partei Gewaltenteilung, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit als Errungenschaften „moderner“ Gesellschaften an, stellte sie aber zur Disposition einer sozialistischen Strategie. Schließlich böten diese Prinzipien „trotz ihrer Dienlichkeit als Herrschaftsmechanismus eine Chance für Gegenmächte“.<sup>98</sup> Es gehe darum, „Breschen zu schlagen“, um „Wege über die bürgerliche Gesellschaft hinaus zu eröffnen.“<sup>99</sup> Die „Demokratisierung“ der Staatsordnung, die *Die Linke* heute wie einst Lenin für die bürgerliche Demokratie fordert, soll genau dies bewerkstelligen. Wenn Oskar Lafontaine behauptet, das repräsentative System habe versagt, weil „es die Interessen der Mehrheit“ nicht mehr berücksichtige, trifft er den Kern des Demokratieverständnisses der *Linken*. Die Partei maßt sich an, über eine Art Wahrheitsmonopol zu verfügen, und sie wähnt sich in der exklusiven Lage, die Existenz dieser Mehrheitsinteressen zu erkennen, die von den demokratischen Institutionen an ihrer politischen Entfaltung gehindert würden. Zudem: Wer die Interessen der Mehrheit verabsolutiert, vernachlässigt die (legitimen) Interessen der Minderheit.

Ohne Frage hat sich *Die Linke* von der Großideologie des Marxismus-Leninismus verabschiedet – 1989 war dies das zentrale Motiv des „Erneurer“-Flügels der SED/PDS. Heute scheut sich in der Partei, von den Protagonisten kommunistischer Orthodoxie abgesehen, niemand mehr, die DDR als Diktatur zu bezeichnen,<sup>100</sup> wenngleich die Entstehung des „Arbeiter- und Bauernstaates“ – historisch nicht ganz korrekt – als Werk aufrechter Sozialisten gilt. Dies wird schon deshalb erleichtert, weil die kommunistische Ideologie die „Diktatur des Proletariats“ propagierte. Die Kritik der *Linken* am – antidemokratischen –

---

<sup>97</sup> Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik. Beschluss des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus, Manuskript.

<sup>98</sup> Programmkommission der PDS, Thesen zur programmatischen Debatte, in: PDS-Pressedienst vom 26. November 1999.

<sup>99</sup> Astrid Hellmann/Bernd Ihme, Im Blickpunkt: Das neue Parteiprogramm. Zur Arbeit der Programmkommission seit Januar 2002, in: PDS-Pressedienst vom 10. Mai 2002.

<sup>100</sup> Für den Begriff „Unrechtsstaat“ gilt das allerdings nicht.

„Stalinismus“ hat allerdings apologetische Funktion: Denn es geht der Partei darum, den Kommunismus als „demokratisch“ zu verteidigen.<sup>101</sup> Dies gelingt freilich nur durch eine Umwertung: Demokratie identifiziert die Partei, die sich das Demokratieverständnis Rosa Luxemburgs zu eigen macht, nicht mit dem Normengefüge des als Instrument „kapitalistischer“ Herrschaft denunzierten Verfassungsstaates. Anti-Kommunismus lässt die Partei folgerichtig nicht gelten. Sie sieht darin das „Instrument“ einer gegnerischen Ideologie, nicht eine Einstellung, die jeden Demokraten ebenso auszeichnet wie Anti-Rechtsextremismus.

Anknüpfend an den Revisionismusstreit des ausgehenden 19. Jahrhunderts hat sich *Die Linke* gegen Eduard Bernstein und für Rosa Luxemburg entschieden. Zwar ruft heute in der Partei niemand mehr wie einst die Kommunistin zum Umsturz auf. Doch das revolutionäre Moment in der Strategie der Partei ist unverkennbar. Selbst die Reformer ließen keinen Zweifel daran, dass ihre Transformation der Gesellschaft zwar innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates ansetzt, aber auch über ihn hinausweist. Sie erachteten lediglich das orthodox-kommunistische Warten auf den revolutionären Umschlag für unrealistisch.

Anders als die PDS war *Die Linke*, obwohl auch sie ein Mitte-Links-Bündnis anstrebte, eher auf Abgrenzung zu den beiden demokratischen Parteien bedacht. Demgegenüber vereinnahmte sie extremistische Kräfte für ihre Strategie. Führende Linken-Politiker wie die keineswegs unter Kommunismusverdacht stehenden Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow nannten einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber der DKP absurd. Von dem Jahr 1990 abgesehen traten PDS und *Die Linke* zu den Bundestagswahlen (und größtenteils zu den Landtagswahlen im Osten) mit sogenannten „offenen Listen“ an – bewusst ein Gegenkonzept zu den üblichen linksextremistischen Wahlbündnissen. Um ein direktes oder indirektes Parteienbündnis zu vermeiden, hatte die PDS im Wahlkampf 1994 Ambitionen des DKP-Sprechers Heinz Stehr auf eine Kandidatur zurückgewiesen. Anderen DKP-Vertretern und sonstigen Linksextremisten standen die Listen jedoch stets offen. Auch *Die Linke* hatte sich im Vorfeld der Landtagswahlen DKP-Mitgliedern gegenüber geöffnet. Nach der Affäre um Christel Wegner in Niedersachsen beschloss *Die Linke* zwar, neben eigenen Mitgliedern nur Parteilose auf ihren Listen antreten zu lassen. Den Anlass gab nicht die DKP-Mitgliedschaft Wegners, sondern der Sturm der Entrüstung, den sie mit ihren Äußerungen insbesondere zur

---

<sup>101</sup> Vgl. Jan Korte, *Instrument Antikommunismus. Der Sonderfall Bundesrepublik, Berlin 2009.*

Staatsicherheit der DDR und zum Mauerbau entfacht hatte. Und: Der Änderung des Wahlgesetzes konnte Rechnung getragen werden. Bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten kamen weiterhin DKP-Mitglieder auf die Listen.

In organisatorischer Hinsicht ist *Die Linke* auf den ersten Blick eine normale Partei. Der in der Satzung verankerte Pluralismus kann als Ausweis innerparteilicher Demokratie gelten. Allerdings umfasst diese Vielfalt keineswegs allein Demokraten. Kommunistische bzw. radikallinke Gruppierungen wie die *Antikapitalistische Linke* (AKL), die SL oder die *Kommunistische Plattform* (KPF) werden nicht bloß geduldet, sondern genießen sogar Privilegien. Die an der Arbeiterklasse orientierte SL bietet – wie erwähnt – revolutionären Trotzlisten ein Forum. Sie dringt auf eine Überwindung „des Kapitalismus“ und hält an der Utopie einer anderen Gesellschaft fest.<sup>102</sup> Entschiedener hatte sich stets die KPF der Systemüberwindung verschrieben. Nach wie vor sieht sie die DDR prinzipiell als Vorbild einer künftigen Gesellschaft. Protagonisten der KPF sind wichtige Kräfte im Netzwerk der AKL. Diese Strömung steht für „eine an die Wurzeln gehende Kapitalismuskritik“ und eine „gesellschaftliche Alternative“ unter kommunistischen Vorzeichen.<sup>103</sup> Die Machtverhältnisse in den Führungsgremien der *Linken* haben sich gegenüber der PDS stark verändert. KPF-Mitglieder in herausgehobenen Positionen gab es damals aufgrund der strukturellen Überlegenheit der „Reformer“ nicht. Während die „Orthodoxen“ als Außenseiter die Parteibasis mobilisieren mussten, um ihren Einfluss geltend zu machen, bestimmen heute Linksextremisten den Kurs der Partei von oben mit. Strikter Antikapitalismus und Fundamentalopposition machten sie zu Verbündeten der ehemaligen WASG-Politiker. Diese Phalanx dominierte das Lager der „Reformer“ und Pragmatiker in den Bundesvorständen und Bundestagsfraktionen deutlich.

Das Fazit fällt ernüchternd aus. Gemessen an den Kriterien vertritt *Die Linke* einen weichen Extremismus. Sie lehnt Werte und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates nicht *in toto* ab, unterwirft einzelne seiner Elemente freilich einer sozialistischen Strategie. Ihre Bekenntnisse zu Gewaltenteilung, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit werden konterkariert durch ein für alle Extremismen typisches identitäres Demokratieverständnis. *Die Linke* lässt Distanz zu dem als „stalinistisch“ kritisierten System der DDR erkennen, hält aber am

---

<sup>102</sup> Vgl. Sozialistische Linke, Realistisch und radikal, Manuskript, August 2006.

<sup>103</sup> Vgl. Für eine antikapitalistische Linke, Manuskript, März 2006.

Kommunismus als Ideal fest. Anders als die Großideologie des Marxismus-Leninismus hat *Die Linke* Abstand von der Vorstellung eines revolutionären Umsturzes genommen. Der Reformismus Eduard Bernsteins findet in ihren Augen allerdings keine Gnade. Die Partei betont den Systemgegensatz und verhehlt nicht, eine Gesellschaft anzustreben, die die freiheitliche Demokratie überwindet. Prinzipiell vereinnahmt sie extremistische Kräfte und grenzt sich von demokratischen Parteien ab. Auch intern mangelt es klar an Distanz zu Extremisten. Zwar haben die radikalen Kräfte – trotz der Vorherrschaft im Westen in der Minderheit – die Entscheidungszentren nicht gänzlich erobert, sie besetzen jedoch Schlüsselpositionen und sind Teil einer Phalanx, die gemäßigttere Strömungen ideologisch und personell in die Knie zwingt.

Notorisch beschwört *Die Linke* eine „solidarische Gesellschaft“, die es ihrer Auffassung nach in einer als kapitalistisch gebrandmarkten freiheitlichen Demokratie nicht geben kann. Man muss über die Gesellschaft, wie *Die Linke* sie anstrebt, spekulieren. Es wird – vorsichtig formuliert – keine sein, die gut mit abweichenden Meinungen umgeht. Nur ein demokratisch verfasster Staat, nur eine offene Gesellschaft erlauben es, wie *Die Linke* Missstände anzuprangern und Reformen anzugehen. Das ist oft ein mühsamer Weg. Utopien von einer in ihren Interessen gleichgeschalteten Mehrheit verhindern genau das, wofür sie sich einzusetzen vorgeben: die Freiheit des Menschen.

## 4 Bewegungs- und aktionsorientierter Linksextremismus

Es bedurfte erst des Zusammenbruchs kommunistischer Systeme, um in Deutschland mit der PDS/*Die Linke* eine in Teilen linksextremistische Partei von Relevanz entstehen zu lassen. Dabei war der ohnehin schwache parteiförmige Linksextremismus hierzulande bereits von Ende der 1970er Jahre an – also weit vor der „Wende“ – im Rückzug begriffen. Vieles war in einzelne, zumeist lokale bzw. regionale Initiativen oder einige der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen diffundiert, die freilich keinesfalls in toto als extremistisch gelten konnten. Das trifft insbesondere für zwei Phänomene jüngeren Datums zu: die Altermondialisten („Globalisierungsgegner“) des transnationalen Netzwerks ATTAC und die *Occupy*-Bewegung. ATTAC blieb relativ resistent gegenüber kommunistischen Ansätzen. Andere Altermondialisten konnten dagegen die Parole „Eine andere Welt ist möglich“

problemloser mit marxistischen Theorien verbinden.<sup>104</sup> ATTAC hatte dennoch auch ein Abgrenzungsproblem und war nicht frei von trotzkistischem Entrismus und Extremisten im Führungspersonal. Zum Beispiel saß AKL-Mitglied Sabine Lösing, bis 2015 Landesvorsitzende der *Linken* in Niedersachsen, im ATTAC-Rat. Weitaus mehr bietet die kapitalismuskritische, programmatisch aber äußerst diffuse und in den Grundzügen keineswegs extremistische *Occupy*-Bewegung Antidemokraten eine wohlfeile Plattform. „Auffällig ist, dass selbsterklärte Anarchisten, Sozialisten, Radikale verschiedener Richtungen und Mitglieder verschiedener ultra-linker Gruppen viel Beachtung finden.“<sup>105</sup> Die Attraktion der Altermondialisten auf militante Linksextremisten ist keine neue Erscheinung, wie nicht nur der überaus gewalttätige Protest gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 mit einem Toten und hunderten Verletzten beweist. Viele radikal linke Gruppen und Strömungen, allen voran die Autonomen, haben einen regelrechten Krawalltourismus entwickelt.

Der bewegungs- und aktionsorientierte Linksextremismus ist ohne „68“ und den agitatorischen Nukleus SDS nicht zu denken. Die Auflehnung einer Generation gegen die „Alten“, die Rebellion gegen „überkommene“ Werte und die Sympathie mit antiimperialistisch gesinnten „Freiheitskämpfern“ in Ländern der sogenannten Dritten Welt brachte vielfältige Protest- und Lebensformen hervor. Die *Kommune 1*, die „Spontis“ um Fritz Teufel, Rainer Langhans und Dieter Kunzelmann, stellte den radikalen Bruch mit den Normvorstellungen der als autoritär geltenden Bundesrepublik der 1950er und 60er Jahre zur Schau. Als geistige Väter der 68er-Bewegung gelten die Denker der marxistisch orientierten Kritischen Theorie bzw. Frankfurter Schule wie Theodor Adorno, Herbert Marcuse, Max Horkheimer und der frühe Jürgen Habermas. Relativ schnell rückte die Gewaltfrage ins Zentrum der Diskussionen – sie löste ein Zerwürfnis aus: „Es ist ein interessantes Paradoxon, dass die Studentenbewegung in einen erbitterten Streit mit den Mitgliedern der Frankfurter Schule geraten war, weil diese [...] vor einem Umschlag in den Terrorismus warnten“<sup>106</sup> – eine Entwicklung, die wohl nicht mehr aufzuhalten war. Die 68er trugen wesentlich zur

---

<sup>104</sup> Vgl. Patrick Moreau/Eva Steinborn, Die Bewegung der Altermondialisten – Eine Gefahr für die Demokratie?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 147-177.

<sup>105</sup> Florian Hartleb, Die Occupy-Bewegung. Globalisierungskritik in neuer Maskerade, Sankt Augustin/Berlin 2012, S. 50.

<sup>106</sup> Susanne Kailitz, Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage, Wiesbaden 2007, S. 12.

Enttabuisierung der Gewalt gegen den Staat und gegen Menschen bei; sie ebneten einem Jahrzehnt linksextremistischen Terrors den Weg.

Die Anknüpfungspunkte sind vielfältig. Aus der „Sponti“-Szene gingen die *Revolutionären Zellen* (und ihr radikal-feministischer Ableger *Rote Zora*) hervor, die in den 70er und 80er Jahren mit Anschlägen unter anderem gegen die Konzerne ITT und MAN und das Bundesverfassungsgericht von sich reden machten. Später verlegten sie sich auf die perfiden „Knieschuss-Attentate“. Die Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry soll auf das Konto der *Revolutionären Zellen* gehen. Vorbild für die *Bewegung 2. Juni* um Michael „Bommi“ Baumann waren dagegen die Operaisten, die in den Betrieben Norditaliens mit Streiks und Sabotageakten einen gewalttätigen Aufstand provozierten und kurzzeitig ein Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten herstellen konnten. Der „volksnahen“ Strategie der *Bewegung 2. Juni*, der mit der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975 die einzige „erfolgreiche“ Gefangenenfreipressung in der Geschichte des deutschen Linksterrorismus gelang, stand das avantgardistische Selbstverständnis der *Roten Armee Fraktion* gegenüber. Die RAF verfocht wie die *Bewegung 2. Juni* das Konzept der „Stadtguerilla“, das die Taktiken südamerikanischer Guerillakämpfer wie Ernesto „Che“ Guevara modifizierte. Die Schreckenstaten der RAF hieß selbst im linksextremistischen Spektrum der Bundesrepublik nur eine Minderheit gut, ein radikales Umdenken in der Gewaltfrage kam allerdings nicht zustande.

Die Anwendung von Gewalt ist der gemeinsame Nenner – man könnte fast sagen: der Daseinsgrund – der Autonomen-Bewegung, die sich in der Tradition der italienischen *Autonomia Operaia* (Arbeiterautonomie) sieht. Mit Sabotageakten in Fabriken und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei hatte sie in den späten 1960er Jahren auf sich aufmerksam gemacht. Kennzeichen der Operaisten war eine strikte Abgrenzung vom Kommunismus orthodoxer Façon – sowohl ideologisch als auch organisatorisch. Diese Unabhängigkeit als Ablehnung von Staatlichkeit, hierarchischen Strukturen und festgefühten Politikentwürfen rückt die heutigen Autonomen in die Nähe des Anarchismus, und sie ist in der Tat das Bindeglied zu den Operaisten. Deren Motiv der Befreiung einer (eingebildeten) Arbeiterklasse gaben die Autonomen freilich auf. Stattdessen rückte die „Schaffung von Räumen für die Realisierung alternativer Lebensentwürfe“<sup>107</sup> ins Zentrum autonomen

---

<sup>107</sup> Klaus Farin, *Die Autonomen*, Berlin 2015, S. 13.

Denkens und Handelns. Es gelte, „dem System überall punktuell Gegenmacht entgegenzusetzen“.<sup>108</sup> Mit „System“ ist in typisch linksextremistischer Lesart der demokratische Verfassungsstaat gemeint. An der kategorischen Gegnerschaft ihm gegenüber lassen Autonome keinen Zweifel: „Wir wollen das System nicht reformieren oder verbessern. Wir führen keinen Dialog mit den Herrschenden, denn das ist der erste Schritt zur Integration. Wir lehnen die Propagierung reformistischer Ziele ab.“<sup>109</sup>

In Deutschland traten die mehrheitlich antiimperialistisch gepolten Autonomen erstmals Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre in Erscheinung – als militanter Flügel der Anti-Atomkraft-Bewegung und der Hausbesetzerszene in mehreren Großstädten. 1980 setzten die Autonomen ein Zeichen ihrer Militanz, als Proteste gegen eine öffentliche Rekrutenvereidigung in Bremen in Krawallen und Straßenschlachten mit der Polizei eskalierten. Die regelmäßige Teilnahme an linken Demonstrationen als sogenannter Schwarzer Block ist seitdem öffentlicher Ausdruck sowohl dieser Militanz als auch der Weigerung, ein eigenständiges Agendasetting zu betreiben. Waren es in den 1980er Jahren die gewalttätigen Proteste gegen das Kernkraftwerk Brokdorf, die Startbahn West am Frankfurter Flughafen oder die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf, sind es heute die Demonstrationen gegen die „Globalisierung“ oder am 1. Mai für mehr „soziale Gerechtigkeit“: Den Autonomen bieten sie eine treffliche Plattform der Zurschaustellung ihres Credo: Seht her, es geht nur mit militanten Aktionen! „Dies spricht für eine rigorose ‚Anti-Haltung‘ unabhängig von konkreten Anlässen und Problemen, scheinen sie doch [...] der gerade gegenwärtige und zufällige Bezugspunkt [...] der Militanz zu sein.“<sup>110</sup> Die Bezeichnung „Krawalltourismus“ kommt nicht von ungefähr.

Gewalt wirkt in der „Szene“ identitätsstiftend und fördert den Zusammenhalt. Klaus Farin befragte 14 (ehemalige) Autonome zu ihrem Verhältnis zur Gewalt und bekam – bis auf eine Ausnahme – durchwegs „positive“ Bescheide. Die Antworten lassen im Wesentlichen drei Motive erkennen: Das emotional-gruppendynamische, das zweckorientierte und das ideologische – bei fließenden Grenzen. In die erste Kategorie fallen Aussagen wie diese: „Es

---

<sup>108</sup> AK Wantok, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010, S. 11.

<sup>109</sup> Ebd., S. 10.

<sup>110</sup> Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 145,.

war ein Erlebnis, Autos in Flammen aufgehen zu sehen und Supermärkte zu plündern, das erzeugte so eine Art Zusammenhalt unter uns“.<sup>111</sup> Oder: „Als ich jung und neu in der Szene war, hatte das [...] einen gewissen Reiz und eine gewisse Faszination, dieses Gewaltsame und Zerstörerische. Man will ja auch mal seine Wut loswerden.“<sup>112</sup> Folgendes Bekenntnis weist darauf hin, dass die autonome „Szene“ eine Attraktion auf junge Leute ausübt, die von vornherein zur Gewalt neigen, und diese nun ausleben können: Ich war „grundsätzlich dafür. Um Ziele zu erreichen, war mir jedes Mittel recht, meine Schwelle war sehr niedrig.“<sup>113</sup>

Die häufigste Antwort lautete lapidar, Gewalt gehöre einfach dazu. Doch es ist den Autonomen wichtig, sie als notwendiges Mittel der politischen Auseinandersetzung zu vermitteln „In fast allen politischen Bewegungen, die in irgendeiner Form relevant wurden, spielt Gewalt eine Rolle.“<sup>114</sup> – „Ich denke, [Gewalt] gehört dazu und man wird anders nicht mehr wahrgenommen. [...] Das merkst du spätestens, wenn du über Jahre auf Demos gehst ohne extremere Aktionen und es änderst sich gar nichts!“<sup>115</sup> – „Natürlich gehört Gewalt dazu, ohne ein bisschen Gewalt kann man heute nichts Großes mehr bewegen.“<sup>116</sup> – „Wenn eine vernünftige, reflektierte Gewaltanwendung helfen kann, gewalttätige Verhältnisse zu überwinden, dann befürworte ich ganz klar diese Gewaltanwendung.“<sup>117</sup> – „Der Zweck heiligt die Mittel.“<sup>118</sup> Neben dieser zweckrationalen Legitimation tritt die ideologische: Gewalt „gehört automatisch zur Szene, weil sie staatlicherseits mit sehr viel Gewalt und Repression belegt wird.“<sup>119</sup>

Die Vorstellung, dass man sich von den Herrschenden die Gewaltfrage nicht vorschreiben lassen dürfe, ist das leitende Motiv: „Keinen Dialog mit der Macht! Wir stellen nur

---

<sup>111</sup> Farin (Anm. 107), S.39.

<sup>112</sup> Ebd., S. 176.

<sup>113</sup> Ebd., S. 234.

<sup>114</sup> Ebd., S. 63.

<sup>115</sup> Ebd., S. 137.

<sup>116</sup> Ebd., S. 130.

<sup>117</sup> Ebd., S. 167.

<sup>118</sup> Ebd., S. 83.

<sup>119</sup> Ebd., S. 75.

Forderungen, auf die die Macht entweder eingehen kann oder auch nicht.“<sup>120</sup> Gewalt wird als „Gegengewalt“ gegen die strukturelle Gewalt des Staates gerechtfertigt und als ein Akt der Selbstbefreiung dargestellt. Sie sei die Keimzelle einer neuen Ordnung. So schreibt der autonome Theoretiker „Geronimo“, die Geschichte zeige, „dass Gewalt noch immer Geburtshelferin neuer Formen von Gesellschaftlichkeit in politischen Kämpfen und Revolutionen war.“ Gewaltverzicht komme nicht in Frage, denn „der bürgerliche Staat sorge seit 200 Jahren mit Gewalt für Gewaltlosigkeit und hat damit nicht mehr geschaffen als ein Meer von Gewalt.“<sup>121</sup> Entsprechend äußerte sich die militante *Autonome Antifa (M)* aus Göttingen: „Gewaltfrei ist ein ideologischer Begriff, der im totalen Gegensatz zu autonomer Politik steht.“ Sich darauf einzulassen, „käme einem politischen Selbstmord gleich.“<sup>122</sup> Das ostentative Bestreiten des staatlichen Gewaltmonopols und die ideologische Unterfütterung autonomer Militanz führt zu einer Feindbildkonstruktion (Vertreter der Staatsgewalt, „Nazis“). Diese trägt wesentlich dazu bei, die Hemmschwelle bei Angriffen auf Menschen zu senken: „Für mich ist [Gewalt] ein legitimes Mittel, definitiv, um sich zu wehren bei Polizei- und/oder Naziübergriffen.“<sup>123</sup> – Mir ist es „egal, was [den Polizisten] passiert, und ich heiße Gewalt gegen die Riot-Cops generell gut.“ Sie sind „bereit, für Staat und Kapital ihren Kopf hinzuhalten.“<sup>124</sup> Keine bloßen Worte, wie die Brutalität beweist, mit der Autonome in den letzten Jahren Gewalt gegen Polizisten ausübten und deren Leben vorsätzlich gefährdeten.

Gezielt suchen Autonome die direkte Konfrontation mit Rechtsextremisten. Für sie ist der Faschismus neben dem Imperialismus die deutlichste Ausprägung des sogenannten *Triple-Oppression*-Ansatzes, der die dreifache Unterdrückung der Menschen durch das Kapital, Rassismus und das Patriarchat unterstellt. Entsprechend ihrer anarchistischen Grundüberzeugung sehen Autonome in der bürgerlichen Gesellschaft und im kapitalistischen Wirtschaftssystem die wahren Ursachen nationalistischer und rassistischer Tendenzen. Als Pate dieses Antifaschismus-Verständnisses steht dabei – wie bei fast allen Linksextremisten – die von der *Komintern* in den 1930er Jahren festgeschriebene, sogenannte Dimitroff-Formel,

---

<sup>120</sup> Zitiert nach Moreau/Lang (Anm. 89), S. 376.

<sup>121</sup> Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Amsterdam 1990, S. 207 f.

<sup>122</sup> Dokumentation „Demonstration in Adellebsen/Göttingen“, Manuskript, 20. März 1993.

<sup>123</sup> Farin (Anm. 107), S. 152.

<sup>124</sup> Ebd., S. 149.

die den „Faschismus“ als Auswuchs eines ums Überleben kämpfenden „Kapitalismus“ darstellt: Während wirtschaftlicher Krisen wie in der Weimarer Republik lasse die bürgerliche Demokratie ihre pseudodemokratische Maske fallen und verwandle sich in ein „faschistisches“ Regime, das mit aller Härte gegen die Arbeiterbewegung vorgehe. Der Faschismus sei die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Monopolkapitals“. Damit wird nicht nur der tatsächliche Rechtsextremismus unter „Faschismus“ rubriziert, sondern alles, was als „reaktionär“, „bürgerlich“ oder „kapitalistisch“ gilt. Unter Parolen wie „Nazis morden, der Staat schiebt ab. Das ist das gleiche Rassistenpack!“ greifen Autonome heute zur antifaschistischen „Selbsthilfe“ – sie gehen gezielt gegen Personen und Institutionen vor, die sie zuvor unter Faschismusverdacht gestellt haben.

Es gehört zum Selbstverständnis der Autonomen, eher lose Strukturen zu etablieren. Geschlossene Gruppen wie die terroristischen *Revolutionären Zellen* blieben ebenso die Ausnahme wie Versuche einer stringenteren Organisation. „Ständige, nicht enden wollende Diskussionen zur [...] Aktualisierung der bestehenden Organisationsformen und der allgemeinen politischen Ziele [stellen] ein identitätsstiftendes Merkmal der Szene dar.“<sup>125</sup> Organisationsdebatten florierten vor allem zu Zeiten abflauender Mobilisierung. Alles in allem kamen die Anläufe stringenterer Organisierung nicht über das Knüpfen von Netzwerken hinaus – die für Autonome kardinale „Politik der ersten Person“ verhinderte festere Strukturen. „Im Ergebnis blieben die Organisationsdebatten entweder folgenlos, oder sie führten zu Ausgründungen, die allerdings nur im Antifa-Bereich eine relevante Mobilisierungsfähigkeit entfalten konnten.“<sup>126</sup>

Jedoch bildeten sich in den Zentren der Autonomen subkulturelle Gruppen wie die Westberliner *Klasse gegen Klasse* – eine der militantesten autonomen Zusammenschlüsse. 1992 entstand mit der *Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation* (AA/BO) sogar der erste autonome „Dachverband“. Die bis 2001 existierende AA/BO wurde von der *Autonomen Antifa (M)* aus Göttingen initiiert mit dem Anspruch, die einzelnen „Szenen“ bundesweit zu vernetzen und zu koordinieren. Am Ende blieb die „Organisation ohne Programm“ ohne gesellschaftliche Wirkung: „Die Versuche der AA/BO, mit Themen außerhalb der klassischen

---

<sup>125</sup> Farin (Anm. 107).

<sup>126</sup> Ebd., S. 14.

Anti-Nazi-Politik an die Öffentlichkeit zu gehen, waren von wenig Erfolg gekrönt.“<sup>127</sup> Das erste autonome Netzwerk entstand 1989 unter dem Namen *Avanti – Projekt undogmatische Linke*. Aufsehen erregte *Avanti* durch Blockadeaktionen während des G8-Gipfels in Heiligendamm. Eines der wenigen Beispiele eines linksextremistischen Zusammenschlusses über den Horizont der Autonomen-Bewegung hinaus ist das Netzwerk *Für eine linke Strömung* (FeS), das 2005 de facto und 2015 auch formal in der *Interventionistischen Linken* (IL) aufging. Unter dem Motto „Make Capitalism History“ organisierte die IL einen Schwarzen Block auf der Großdemonstration gegen den G8-Gipfel 2007 in Rostock. Auch Aktionen wie das Unterminieren von Bahngleisen bei Atommüll-Transporten gehen auf das Konto der IL. Einen Sonderfall des aktionsorientierten Linksextremismus stellte die *Militante Gruppe* (MG) dar, die zwischen 2001 und 2007 zahlreiche Brandanschläge unter anderem auf Fahrzeuge von Polizei und Bundeswehr verübte. Die MG erhob den Anspruch, die radikale Linke Deutschlands über eine „Militanzdebatte“ zusammenzuführen. In der Öffentlichkeit fanden die wahrscheinlich als Anschauungsbeispiel gedachten Taten allerdings mehr Resonanz als in der linksextremistischen „Szene“ selbst.<sup>128</sup>

Ein anderer Sonderfall ist die *Rote Hilfe* (RH), die als Hilfsorganisation für linksextremistische Straftäter auftritt, jedoch auch als Rekrutierungsbasis für gewaltbereite Aktivisten fungiert. Historisch knüpft sie an die 1921 von der KPD aus der Taufe gehobenen *Rote Hilfe Deutschlands* mit ihrer langjährigen Vorsitzenden Clara Zetkin an. Im Zuge der 68er-Protestbewegung entstanden in mehreren westdeutschen Metropolen kurzlebige, autonom agierende (Selbst-)Hilfegruppen für Inhaftierte. Die heutige, 1975 gegründete RH verlegte sich zunächst auf Unterstützung für Terroristen der RAF und der *Bewegung 2. Juni*. Ihre ostentative Solidarität mit den Aktionen der Täter erregte schnell die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden. Von den unterstützten Straftätern verlangt die RH unter anderem, sich nicht von den Taten zu distanzieren.<sup>129</sup> Die linksextremistische Ausrichtung der RH ist unverkennbar – ihre ideologischen Konstrukte ähneln denen der Autonomen. So ist die Organisation darauf aus, „das gegenwärtige politische System Deutschlands zu delegitimieren, indem sie bei militanten Brandstiftern und Terroristen von ‚politischen

---

<sup>127</sup> AK Wontok, Die Autonome Antifa (M) und die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO), in: ders. (Anm. 108), S. 196.

<sup>128</sup> Vgl. Ingo Arzt, militante gruppe, unter: [www.bpb.de](http://www.bpb.de) (30. November 2009).

<sup>129</sup> Vgl. Justus Bender, Dasselbe in grün, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. April 2013.

Gefangenen‘ spricht und rechtsstaatliche Urteile gegen jene als ‚Repression‘ bezeichnet‘.<sup>130</sup>  
Dies gilt ebenso für das gleichnamige Organ.

## 5 Intellektueller Linksextremismus

Von intellektuellem Linksextremismus zu sprechen scheint ebenso überflüssig und analytisch fruchtlos zu sein wie dem Papst das Adjektiv „katholisch“ zu verpassen. Intellektualität und Theorielastigkeit zeichnen – die Autonomen mögen da eine Ausnahme bilden – praktisch jede linksextremistische Richtung aus. Das unterscheidet das Spektrum deutlich vom Rechtsextremismus, dessen intellektuelle Variante einen Sonderfall verkörpert – meist mit dem Etikett „Neue Rechte“ versehen. Bekommt dieser, obschon schwammige, Begriff immerhin eine historisch, ideologisch und personell relativ gut abgrenzbare, parteiunabhängige Elite zu fassen, entgleitet einem das Pendant vollends: In den Topf „Neue Linke“ wurden beizeiten wahllos alle Phänomene geworfen, die irgendwie vom Kommunismus Moskauer Prägung zu unterscheiden waren.<sup>131</sup> Trotz dieser methodischen Einwände scheint es angebracht, auf diejenigen extrem linken Denker einzugehen, die sich einer solchen Neuen Linken zurechnen ließen und/oder die trotz Partei- oder gar Regierungsengagements ein eigenständiges theoretisches Œuvre entfalteten.

Die totalitäre Erfahrung prägte Intellektuelle wie Wolfgang Abendroth oder Exponenten der Frankfurter Schule in den 1950er Jahren. Die Sowjetunion galt ihnen als „Faschismus“ mit anderen Vorzeichen. Eine fundamentale Abwendung vom Kommunismus und Hinwendung zum demokratischen Verfassungsstaat hatte dies gleichwohl nicht zur Folge. Die marxistisch geprägten Theorien interpretierten die liberale Demokratie ebenfalls als Form undemokratischer Herrschaft. So schrieb Jürgen Habermas, die plebiszitär-demokratische Identität des Willens der jeweiligen Parteimehrheit [...] mit dem Willen des Volkes [...] hängt wesentlich auch davon ab, wer über die Zwangs- und Erziehungsmittel verfügt, den

---

<sup>130</sup> Gereon Flümman, Streitbare Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Der staatliche Umgang mit nichtgewalttätigem politischem Extremismus im Vergleich, in Wiesbaden 2015, S. 83.

<sup>131</sup> Vgl. Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983.

Willen des Volkes manipulativ oder demonstrativ zu bilden.“<sup>132</sup> Auch für Theodor Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse war die liberale Demokratie im Kern repressiv. Letztgenannter zog daraus die Konsequenz des legitimen, auch gewaltsamen Widerstands gegen die Demokratie – und lieferte damit allen militanten Linksextremisten, von der Studentenbewegung über den Terrorismus bis hin zu den Autonomen, die zentrale Rechtfertigung ihres Handelns.<sup>133</sup>

Der „dritte Weg“ eines zwischen „Kapitalismus“ und „Stalinismus“ bzw. der Sozialdemokratie und dem Parteikommunismus verlaufenden „demokratischen Sozialismus“ erwies sich in anti-extremistischer Sicht als Chimäre und verstellte den Blick auf die freie Gesellschaft. Die – angebliche – „Entfremdung“ des Menschen im Kapitalismus sollte aufgehoben werden in der identitären Gesellschaft eines künftigen Sozialismus. Zugleich negierte die Neue Linke Werte des demokratischen Verfassungsstaates, die nichts mehr seien als Herrschaftsinstrumente des Kapitalismus. Den Pluralismus des demokratischen Verfassungsstaates sah Abendroth, ganz in rousseauscher Tradition stehend,<sup>134</sup> als das Gemeinwohl gefährdenden Antagonismus an, der nur in der klassenlosen Gesellschaft aufgehoben werden könne. Zwar stellte er, besonders auch Leo Kofler,<sup>135</sup> das – „entfremdete“ – Individuum in den Mittelpunkt ihrer Marxismus-Interpretation. Er nahm dadurch eine ideologische Frontstellung zum hyper-kollektivistischen Sowjet-Kommunismus ein.<sup>136</sup> Allerdings führte dies keineswegs zur Bejahung individueller Freiheit, die in Abendroths Utopie einer Demokratie als organisierte, gesteuerte und nach sozialistischen Kriterien ausgerichtete „Selbstverwaltung der Gesellschaft, an der sich alle [...] sozialen Kräfte [...] beteiligt fühlen.“<sup>137</sup> Die „bloß formale Demokratie“ eines freiheitlichen Systems sei „nicht

---

<sup>132</sup> Jürgen Habermas, *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*, Frankfurt a. M. 1993, S. 31.

<sup>133</sup> Vgl. Susanne Kailitz, *Auseinandersetzungen mit der Gewalt – Frankfurter Schule, Studentenbewegung und RAF*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 16, Baden-Baden 2004, S. 89.

<sup>134</sup> Vgl. Gregor Kritidis, *Zu den Charakteristika des „Linkssozialismus“ in der Ära Adenauer*, in: Klaus Kinner (Hrsg.), *DIE LINKE – Erbe und Tradition. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus*, Berlin 2010, S. 106 f.

<sup>135</sup> Vgl. Christoph Jünke, *Theorie in praktischer Absicht: Leo Koflers Linkssozialismus*, in: Ebd., S. 223-240.

<sup>136</sup> Vgl. Wolfgang Abendroth, *„Ethischer“ Sozialismus, Marxismus und Demokratie*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 2: 1949-1955, Hannover 2008, S. 581.

<sup>137</sup> Ders., *Die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts als Voraussetzung einer demokratischen Staatsordnung*, in: Ebd., S. 360.

mehr möglich“, schrieb Abendroth – er forderte, „die durch den Liberalismus entwickelten kulturellen Werte“ müssten „verschwinden“. <sup>138</sup>

Wie Abendroth und Kofler blieben andere Eminenzen der Neuen Linken in den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik fixiert auf die Arbeiterklasse als Subjekt der Veränderung und Befreiung. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang Viktor Agartz, der es sich zu Aufgabe gemacht hatte, „die radikale Linke um die Gewerkschaften herum zu organisieren und zu mobilisieren“, <sup>139</sup> und Peter von Oertzen: „Die sozialistische Arbeiterbewegung muss [...] nicht nur willens und fähig sein, die alte kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen, [sondern auch], die neue sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten.“ <sup>140</sup> Von Oertzen, der seine Rolle als sozialdemokratischer Funktionär und Landesminister mit dem Bekenntnis verband, nur „aus wohlwollenden, langfristigen strategischen Gründen Mitglied der SPD“ <sup>141</sup> zu sein, machte keinen Hehl aus seiner Sympathie für die Ideen des Trotzkiisten Ernest Mandel. Von Oertzen kombinierte Syndikalismus mit radikalen Aktionsformen; als – oben zitierte – „neue sozialistische Gesellschaftsordnung“ schwebte ihm ein Rätssystem vor.

Spätestens die beginnenden 1980er Jahre besiegelten das Ende der einflussreichen ersten Generation linksextremistischer Intellektueller. Zu einem Teil kappte die Neue Linke ihre traditionsmarxistischen Wurzeln und damit die Verbindung zum (imaginierten) Proletariat. Die zahlreichen losen Enden verband man mit den vielfältigen Anliegen der aufkommenden Neuen Sozialen Bewegungen. Zum anderen Teil machte sich ein Rückfall in den Kommunismus Moskauer Prägung bemerkbar, für den der Paradigmenwechsel von Abendroths Marburger Schule der Politikwissenschaft beispielhaft stehen mag. Einige Epigonen – Frank Deppe, Georg Fülberth, Reinhard Kühnl – dockten in den 1970ern bei der DKP an und fungierten bald als so etwas wie universitäre Parteitheoretiker. Von einem wirkungsmächtigen, eigenständigen, also von den klassischen Strömungen unabhängigen intellektuellen Linksextremismus konnte bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Systeme 1989/90 nicht mehr die Rede sein. Die danach einsetzende Sinnsuche – sie rief das

---

<sup>138</sup> Ders., Die deutschen Gewerkschaften und die Wahl zum Bundestag, in: Ebd., S. 315.

<sup>139</sup> Christoph Jünke, Von linken Sozialdemokraten zum heimatlosen Linkssozialisten: Viktor Agartz, in: Kinner (Anm. 134), S. 203.

<sup>140</sup> Peter von Oertzen, Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover 2004, S. 331.

<sup>141</sup> Zitiert nach Michael Buckmiller, Peter von Oertzen – Marxist und demokratischer Rätsozialist, in: Kinner (Anm. 134).

Scheitern des Realsozialismus aus, nicht aber das Ende der zugehörigen Idee – hauchte zwar den Vorstellungen von einem „Dritten Weg“ neues Leben ein. Doch von einer wirklichen Alternative konnte weiterhin keine Rede sein.

Dies gilt zumal für die bereits erwähnten Reformkommunisten im Umfeld der Partei *Die Linke*/PDS, deren Konzepte zwar die orthodoxen kommunistischen Strategien revidierten, jedoch am Ziel einer identitären sozialistischen Gesellschaft festhielten. Den Kern der Überlegungen bildete der Abschied vom Proletariat. Überlegungen des österreichisch-französischen Sozialphilosophen André Gorz,<sup>142</sup> die quasi nur noch zu indoktrinierende Arbeiterklasse habe in einer modernen, ausdifferenzierten Gesellschaft als revolutionäres Subjekt ausgedient, stellten die Reformkommunisten vor eine strategische Herausforderung: Wie kann in eine Vielzahl partikularer Interessen fragmentierter gesellschaftlicher Protest zu einer Phalanx des Widerstands gebündelt und zur „Transformation“ des demokratischen Verfassungsstaates nutzbar gemacht werden? Zwar gaben sich diese Intellektuellen als Luxemburg-Apologeten zu erkennen, deren Konzept der Revolution durch kleine Reformschritte sie angingen. Doch setzten sie sich in anderer Hinsicht diametral von der Kommunistin ab. Luxemburgs ohnehin romantische Vorstellung einer sich „von unten“ formierenden sozialistischen Massenbewegung verwarfen die Reform-Ideologen als wirklichkeitsfern. Vielmehr wollen sie eine gesellschaftliche Gegenmacht wesentlich „von oben“, also ausgehend von den Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates schmieden. In diesem Lichte sollten die Regierungsbeteiligungen der *Linken* wie deren Verhältnis zu den Prinzipien eines freiheitlichen Systems betrachtet werden, die man aus hauptsächlich strategischen Erwägungen gut heißt.

Eine weitaus radikalere Interpretation der kapitalistischen Gesellschaft vertrat der marxistische Theoretiker Robert Kurz. Er verlangt viel: Von seinen Lesern das Einvernehmen mit dem hohen Abstraktionsgrad seiner Überlegungen, von der Linken ein völliges Umdenken. Auch er verneint die Existenz eines einheitlichen revolutionären Subjekts: „Es gibt keine soziale Gruppe im Kapitalismus, die eine transzendente ontologische Vorbestimmung hätte. Alle sozialen Gruppen sind durch ihren Wert präformiert und deshalb kapitalistisch konstruiert.“<sup>143</sup> Kurz argumentiert, ein Umsturz sei nicht durch „kapitalistisch

---

<sup>142</sup> Vgl. André Gorz, *Und jetzt wohin? Zur Zukunft der Linken*, Berlin 1991.

<sup>143</sup> Robert Kurz, *Der Tod des Kapitalismus. Marxsche Theorie, Krise und Kapitalismus*, Hamburg 2013, S. 26.

immanente Kämpfe“ zu erreichen, sondern nur dann, wenn es den sozialen Gruppen gelänge, über ihre Funktion im Kapitalismus hinaus zu denken: „Deshalb ist es wesentlich sympathischer und übrigens auch realistischer, dass französische Belegschaften mit der Sprengung ihrer Fabriken gedroht haben, um eine anständige Entlassungsprämie zu erzwingen. Solche neuen Kampfformen sind nicht defensiv und affirmativ“. <sup>144</sup> Den Kapitalismus sieht Kurz dem Untergang geweiht, weil er „seine eigene Substanz der Arbeit weitgehend ausgehöhlt“ habe und in der Folge das Geld seinen Wert verliere. <sup>145</sup> Es drohe unweigerlich der Rückfall in eine archaische Gesellschaft, sollte es nicht zuvor gelingen, den Kapitalismus zugunsten einer sozialistischen Gesellschaft zu stürzen.

## 6 Biographische Porträts

*Kurt Bachmann* (1909-1997) war der erste Vorsitzende der 1968 gegründeten DKP. Nachdem er autodidaktisch ein Studium des Marxismus-Leninismus absolviert hatte, schloss er sich 1932 der KPD an. Infolge des Machtantritts der Nationalsozialisten ging er in den Untergrund, 1938 emigrierte Bachmann nach Süd-Frankreich, wo er 1939 interniert wurde. Der Gestapo 1942 in die Hände gefallen, überlebte er eine KZ-Haft. Nach dem Krieg engagierte sich der marxistische Theoretiker in der westdeutschen KPD, unter anderem als Herausgeber der Parteizeitung. Nach dem Parteiverbot stieß er maßgeblich die DKP-Gründung an, deren Vorsitzender er auf dem 1. Parteitag 1969 wurde. Der 2. Parteitag 1971 bestätigte Bachmann im Amt. Mehrfach konferierte er mit der SED-Spitze in Ostberlin. Auf dem 3. Parteitag 1973 in Hamburg trat er vom Vorsitz der Partei zurück. Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter Herbert Mies. Als Mitglied des Parteivorstandes blieb Bachmann der Partei bis 1989 verbunden. Daneben engagierte er sich weiter im VVN-BdA und im *Generalrat der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer* (FIR).

*Diether Dehm* (geb. 1950) ist Bundestagsabgeordneter der *Linken* und steht für die Radikalisierung der Partei. Bekannt ist Dehm auch als Liedertexter und Komponist. In Frankfurt aufgewachsen, engagierte er sich schon früh in der dortigen SPD, wobei sich der

---

<sup>144</sup> Ebd., S. 27.

<sup>145</sup> Vgl. ders., *Geld ohne Wert. Grundrisse zu einer Transformation der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 2012.

Apologet der Stamokap-Theorie mit Hang zu spektakulären Protestaktionen linksaußen positionierte. Mit „Stasi“-Vorwürfen und Parteiausschlussverfahren konfrontiert, wechselte er 1998 in die PDS, deren stellvertretender Vorsitzender Dehm kurz darauf wurde. Sein wenig kompromissbereites Auftreten in der Konfrontation mit dem Reformer-Flügel führte 2003 zu seiner Entmachtung. Dehm fand in dem streng nach links gebürsteten niedersächsischen Landesverband der PDS/Die Linke eine neue Heimat – lange fungierte er dort als Vorsitzender. In *Der Linken* reihte sich Dehm in die gegen Reformer und Pragmatiker gerichtete Phalanx ein, bestehend aus Kommunisten und Ex-WASG-Leuten. Im Bundestag bezog er vor allem in der Außen- und Europapolitik radikale Positionen, die nicht alle in der Partei teilten.

*Willi Dickhut* (1904-1992) trat in der Weimarer Republik als 22-Jähriger der KPD bei und hielt sich zeitweise in der Sowjetunion auf. Das nationalsozialistische Regime überlebte er trotz zeitweiliger „Schutzhaft“ und mehrerer Zuchthausstrafen. Nach dem Krieg trat er erneut in die KPD ein, eckte allerdings bald wegen seiner kritischen Haltung gegenüber der Sowjetunion an, was schließlich zum Parteiausschluss führte. Seine Positionen legte er in dem erstmals 1971 veröffentlichten Werk *Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion*<sup>146</sup> dar, als er Nikita Chruschtschow Verrat am Sozialismus vorwarf – Dickhuts Weg in die K-Gruppen war vorgezeichnet. Stationen waren die KPD/ML und der KABD, die Vorläuferorganisation der MLPD. In dieser wird Dickhut heute wie ein Heiliger verehrt. Seine Veröffentlichungen – viele editiert der parteieigene *Verlag Neuer Weg* noch immer – gelten als ideologische Richtschnur.

*Rudi Dutschke* (1940-1979) war als versierter Agitator die zentrale Figur der 68er-Bewegung. Er trug entscheidend dazu bei, dass deren Überbleibsel die Schwelle zur Gewalt überschritten, obgleich er offenen Terror stets ablehnte. In der Mark Brandenburg geboren, kehrte der West-Pendler nach dem Bau der Mauer nicht mehr in die DDR zurück. Dutschke verband sein Studium, währenddessen er sich zunächst in den Existentialismus und dann den Marxismus vertiefte, bald mit politischem Engagement. 1963 schloss er sich der *Subversiven Aktion* an, die die Zeitschrift *Anschläge* herausgab und 1964 im SDS aufging. Die von ihm propagierte *Außerparlamentarische Opposition* wandte sich vor allem gegen den Vietnamkrieg und den US-Imperialismus. Geschult an Mao, Marcuse, Adorno und Georg Lukács prägte Dutschke

---

<sup>146</sup> Willi Dickhut, *Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion*, Essen 1998.

den Begriff vom „langen Weg durch die Institutionen“. Als Theoretiker der APO und begnadeter Rhetoriker rief er 1968 beim großen Vietnamkongress in Berlin vor über 10.000 Teilnehmern zur Zerschlagung der NATO auf. Am 11. April jenes Jahres wurde Dutschke auf offener Straße in Berlin von dem 23-jährigen Arbeiter Josef Erwin Bachmann niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt. An den Folgen des Anschlags starb der Charismatiker, der die *Grünen* mitbegründen wollte.

*Jürgen Elsässer* (geb. 1957) hat einen erstaunlichen Wandel hinter sich – vom „antideutschen“ Publizisten zum Nationalisten. Nach der Wiedervereinigung identifizierte sich das KB-Mitglied mit der Parole „Nie wieder Deutschland!“ und trug maßgeblich zur Spaltung dieser K-Gruppe und zur „antideutschen“ Umorientierung der Zeitschrift *konkret* bei. Zum Zerwürfnis kam es 2002, als der Stammautor schrieb: „Bei Bush wie bei Hitler [war] der Krieg nicht nur ein Ablenkungsmanöver von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern die einzige Lösungsmöglichkeit einer säkularen Krise“.<sup>147</sup> Dieser Satz, der selbst den beißenden Zynismus von *konkret* blass aussehen ließ, führte nicht nur zum Rauswurf aus der Redaktion, sondern trug Elsässer auch den Vorwurf ein, als „fünfte Kolonne“ des Rechtsextremismus zu fungieren. Dass NPD-Funktionär Jürgen Gansel Elsässer „Brücken zur NPD“<sup>148</sup> schlagen sah, war nicht aus der Luft gegriffen. Elsässer, der sich nach wie vor als Antikapitalist – die ideologische Klammer seiner „Querfront“ zwischen beiden Extremismen<sup>149</sup> – versteht, hieß unter anderem die islamfeindliche, zum Teil rechtsextremistische *Pegida*-Bewegung gut. Die heute von ihm herausgegebene Zeitschrift *Compact* schlägt neurechte Töne an. In der (extremen) Linken steht Elsässer mittlerweile im Ruch des Antisemitismus, Nationalismus und der Homophobie.

*Stefan Engel* (geb. 1954) ist eine Art Fossil des stalinistisch-maoistischen Steinzeit-Kommunismus der K-Gruppenzeit. Im KABD sozialisiert, wurde der gelernte Schlosser 1982 Vorsitzender der Nachfolgeorganisation MLPD. Die Partei wacht mit Argusaugen über Engels‘ Nimbus. Behauptungen, es gebe in der MLPD einen an Stalin gemahnenden Personenkult, ließ sie gerichtlich untersagen. Originalton MLPD: „Im Gegenteil ist Stefan

---

<sup>147</sup> Jürgen Elsässer, Deficit bombing, in: konkret (2002), H. 11, S. 13.

<sup>148</sup> Jürgen W. Gansel, Querfront-Populismus droht die Linkspartei zu zerreißen. Lafontaines Ideengeber Jürgen Elsässer fordert Verbot der Grünen und schlägt Brücken zur NPD, Manuskript o. D.

<sup>149</sup> Thomas Sebastian Vitzthum, Linker Publizist von der NPD für „Volksfront“ gelobt, in: Die Welt vom 16. Januar 2009.

Engel weit über die MLPD hinaus für seine ebenso zielklaren wie demokratischen Führungsmethoden für eine Positionierung mit klarer Kante wie für große Sensibilität gegenüber Genossen und Kollegen bekannt.“<sup>150</sup> Dass Engel bis 2017 einer Organisation vorstand, die – dies zu verbieten, gelang nicht – einer Sekte ähnelt, wird freilich verschwiegen. Engel ist auch ein umtriebiger Publizist. In seinem neuesten Buch entdeckt er die Ökologie. Bereits der Klappentext spricht Bände: „Weil ihre Hauptursachen in der kapitalistischen Profitwirtschaft liegen, erfordert die Umweltfrage heute einen gesellschaftsverändernden Kampf. Dazu brauchen wir eine neue Umweltbewegung, die einen klaren Trennungsstrich gegen den imperialistischen Ökologismus zieht [...] und weltumspannend gegen die mutwillige Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Herrschenden Front macht.“<sup>151</sup>

*Dieter Kunzelmann* (geb. 1939) war der Prototyp des linksradikalen Politaktivisten. Besondere Bekanntheit erlangte er als Protagonist der 68er-Bewegung. Er war die treibende Kraft bei der Gründung der *Kommune 1* in Berlin. Der Besuch in einem palästinensischen Ausbildungslager ließ in Kunzelmann den Entschluss reifen, eine Stadtguerilla aufzubauen. 1969/70 fungierte er als Kopf der terroristischen Gruppierung *Tupamaros West-Berlin*, die eine Reihe von Anschlägen in Berlin verübte, unter anderem auf das Jüdische Gemeindehaus am 9. November 1969. Ein Zusammenschluss mit der RAF kam nicht zustande. Später startete Kunzelmann eine politische Karriere in der Berliner Landespolitik, zunächst 1975 als aussichtsloser Kandidat der K-Gruppe KPD/AO und 1983 als Abgeordneter der *Alternativen Liste* im Abgeordnetenhaus von Berlin.

*Herbert Mies* (1929-2017) war langjähriger Vorsitzender der DKP. Von 1946 an engagierte sich der Journalist hauptamtlich in der KPD. 1953 bis 1956 war er Leiter der illegalen westdeutschen *Freien Deutschen Jugend* (FDJ). Aus dieser Zeit datiert sein erster Kontakt zu Erich Honecker, der damals die FDJ der DDR führte. 1954 in den Vorstand der KPD gewählt, ging Mies nach deren Verbot zum Studium nach Moskau. Mit der Gründung der DKP fungierte er als stellvertretender Parteichef, 1973 übernahm er den Vorsitz. Auf dem Bundesparteitag im Januar 1989 wurde Mies mit nurmehr 71,8 Prozent wiedergewählt – ein

---

<sup>150</sup> Voller Punktsieg der MLPD kontra Hetze gegen Stefan Engel, in: Rote Fahne 42 (2014), S. 2.

<sup>151</sup> Stefan Engel: Katastrophalarm!: Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?, Essen 2014.

Debakel. Mies trotzte allen Erneuerungsbestrebungen in der Partei und hielt stur an seiner Loyalität gegenüber Honecker und dem untergehenden SED-Regime fest. Nach der „Wende“, 1990, löste ihn ein vierköpfiger Sprecherrat im DKP-Vorsitz ab. Mies blieb seiner Partei treu und begründete 1992 den orthodox-kommunistischen *Mannheimer Gesprächskreis Geschichte und Politik*, der 1996 sein apologetisches Buch *Fremdbestimmt?*<sup>152</sup> herausgab.

*Jakob Moneta* (1914-2012), einer der wenigen prominenten Trotzlisten in Deutschland, schloss sich 1933 der *Sozialistischen Arbeiterpartei* an. Infolge der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ emigrierte er nach Palästina in einen Kibbuz. Nach seiner Freilassung aus britischer Internierung trat er 1948 dem trotzkistischen Dachverband *Internationale Kommunisten Deutschlands* (IKD) bei, wurde aber – dem Konzept des Entrismus folgend – auch Mitglied der SPD. Ende 1953 ging er als Sozialreferent an die bundesdeutsche Botschaft nach Paris. Vor seinen Arbeitgebern verheimlichte er das Engagement für die algerische Befreiungsfront FLN. 1962 nach Deutschland zurückgekehrt, erwarb er Verdienste als erfolgreicher Chefredakteur der beiden einflussreichen Zeitungen der Gewerkschaft *IG Metall*. 1969 trat er der trotzkistischen GIM bei. Die SPD schloss Moneta 1990 aus, woraufhin der Geschasste in die PDS eintrat und bis 1995 als Mitglied des Parteivorstandes fungierte. Moneta schrieb von 1987 an als Kolumnist für die trotzkistisch ausgerichtete Zeitung *SoZ*.

*Max Reimann* (1898-1977) war der erste Vorsitzende der westdeutschen KPD. Er schloss sich 1913 der *Sozialistischen Arbeiterjugend* an. 1916 trat er dem *Spartakusbund Rosa Luxemburgs* und Karl Liebknechts bei und beteiligte sich drei Jahre später an der Gründung der KPD. Mehrfach wurde Reimann in der Weimarer Republik wegen revolutionärer Tätigkeit verhaftet. Nach der „Machtergreifung“ der NSDAP emigrierte er und war ab 1936 Mitglied des Auslandsbüros des ZK der KPD. Im April 1939 verhaftete ihn die Gestapo. Die Zeit bis Kriegsende verbrachte Reimann im Zuchthaus und im KZ Sachsenhausen. Danach beteiligte er sich am Aufbau der KPD und rückte 1948 zum Vorsitzenden für alle drei westlichen Besatzungszonen auf. Er war Mitglied des 1. Deutschen Bundestags. Der Verhaftung nach dem Verschwinden des Vizevorsitzenden Müller entzog er sich durch Flucht in die DDR. Wenige Monate später sicherte ihm der Bundesgerichtshof in Karlsruhe freies Geleit zu, damit er an dem Verbotsverfahren gegen die KPD teilnehmen konnte. Auf dem Hamburger Parteitag wurde er Ende des Jahres 1954 erneut zum „ersten Sekretär“ gewählt. Nach 1956

---

<sup>152</sup> Herbert Mies, *Fremdbestimmt? Abhängigkeit und Unabhängigkeit der DKP*, Großsachsen 1995.

kämpfte er für die Wiederzulassung der KPD. Die scharfen Töne gegen die Bundesrepublik wichen einer „bürgerlichen“ Attitüde.

*Sahra Wagenknecht* (geb. 1969) steht für den Aufstieg der Kommunisten in der *Linken*. 1991 trat sie der *Kommunistischen Plattform* der PDS bei und sparte nicht mit deutlichen Worten: „Nicht der ‚Stalinismus‘ – der Opportunismus erweist sich als tödlich für die [...] sozialistische Gesellschaftsordnung; nicht die marxistisch-leninistische Traditionslinie scheiterte, sondern [...] die der reformistischen Sozialdemokratie.“<sup>153</sup> Von Anbeginn an saß Wagenknecht im Bundesvorstand der PDS, bevor sie 1995 auf massiven Druck Gregor Gysis hin abgewählt wurde. Im Jahr 2000 rückte sie erneut in das Führungsgremium. Sie verblieb dort bis 2007. Die Fusion zur Partei *Die Linke* kam einem Karrieresprung gleich. 2009 schaffte Wagenknecht den Einzug in den Bundestag. Seit 2015 steht sie an der Seite von Dietmar Bartsch, mit dem sie im Bundestagswahlkampf 2017 die Spitzenkandidatur der Partei *Die Linke* innehatte, der Fraktion vor. Längst versteht es die Vorzeigekommunistin, sich in Szene zu setzen. Als häufiger Gast in Fernseh-Talks erwies sie sich als wortgewandte, zuspitzende DiskutantIn, die mit ökonomischem Wissen beeindruckt und sich entschieden auf die Seite der „kleinen Leute“ schlägt. Sie ist sichtlich um Mäßigung bemüht. Daraus eine Hinwendung zur freiheitlichen Demokratie abzuleiten wäre allerdings verfehlt.

*Janine Wissler* (geb. 1981) ist die typische Vertreterin des radikalen Funktionärs-Nachwuchses in der *Linken*. Als Mitglied des trotzkistischen *Linksruck* führte der Weg der Aktivistin in die WASG, die dieser Unterwanderung nichts entgegensetzen wollte. Nach der Fusion mit der PDS machte Wissler in der *Linken* eine steile Karriere, die sie zunächst in den Hessischen Landtag und schließlich als stellvertretende Parteivorsitzende (fast) nach ganz oben führte. Ihren ideologischen Wurzeln blieb sie allerdings treu – sie ist innerhalb der *Linken* in dem trotzkistischen Netzwerk *Marx21* engagiert. Die Gruppe verpflichtet sich einem von der Arbeiterklasse getragenen „Sozialismus von unten“. Die von ihr veranstalteten Kongresse „Marx is’ Muss“ waren Versuche, die „orthodoxen“ Kräfte in der *Linken* zu bündeln. Im Mitarbeiterstab der Bundestagsfraktion zeigten die Trotzkisten starke Präsenz, was sich unter anderem in radikalen außenpolitischen Papieren bemerkbar machte.

---

<sup>153</sup> Sahra Wagenknecht, *Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der Sozialistischen Bewegung gestern und heute*, in: *Weißenseer Blätter* (1992), H. 4, S. 23.

## 7 Publikationen aus dem Spektrum

*ak – analyse & kritik* entstand 1992 aus der Zeitung *Arbeiterkampf* der K-Gruppe *Kommunistischer Bund*. Nach dessen Spaltung führe sie die „Mehrheitsströmung“ weiter, während die „Minderheit“ die Zeitschrift *Bahamas* aus der Taufe hob. Herausgeber ist heute der *Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik*. Die Auflage der Monatszeitschrift erreicht rund 4.000 Exemplare. Aktuell versteht sich die *ak* als Teil der Interventionistischen Linken; die Orientierung auf die Neuen Sozialen Bewegungen ist unverkennbar. An der Anfangszeit bezog *analyse & kritik* PDS-nahe Positionen, und sie begleitet die Debatten in der *Linken* noch heute wohlwollend-kritisch. Die Stärke der *ak* sind aber Berichte und Analysen linksextremer Strömungen und Organisationen im Ausland. Hier erweist sich die Zeitschrift als eines der bestinformierten linksextremen Organe. Das auch im Internet zugängliche Archiv ist eine wahre Fundgrube für Extremismusforscher, die über den deutschen Tellerrand hinausblicken.

*Arranca* wurde 1993 von der Gruppe *Für eine linke Strömung* (FeIS) gegründet, die der Autonomenszene Berlins verbunden ist und von ihr entsprechend fundiert berichtet. *Arranca* will der Organisationsdiskussion der radikalen Linken eine Plattform bieten, mit dem nie erreichten Ziel, eine neue kommunistische Partei aufzubauen. Gleichwohl fungiert die Zeitschrift als Organ der *Interventionistischen Linken*. Ihre theorielastigen, anspruchsvollen Texte sind eher szeneutypisch und verraten das Bestreben, das Niveau autonomer Diskussionskultur zu heben, mit dem Ziel, ein praktikables Konzept für eine „grundlegende Transformation“ der „kapitalistischen“ Gesellschaft zu finden und „anderen (post-)autonomen Gruppen die dringende Notwendigkeit der Überwindung der strukturlosen Einpunktpolitik der Achtziger zu predigen.“<sup>154</sup> *Arranca* erscheint mit einem durchdachten Redaktionskonzept und anspruchsvoller Aufmachung, aber unregelmäßig und in großen Abständen. So erschien zwischen November 2013 und August 2015 keine Ausgabe.

*Bahamas* ist so etwas wie das Zentralorgan der „Antideutschen“, 1992 gegründet von der *Gruppe K*, der „Minderheit“ des *Kommunistischen Bundes*. Vehement agitierte *Bahamas* gegen die Wiedervereinigung. Ihr prominentestes Mitglied war damals der Journalist Jürgen Elsässer, auf den die Bezeichnung „antideutsch“ zurückgehen soll. Zunächst diskussionsoffen, distanzierte sich *Bahamas* mehr und mehr von zentralen Positionen der

---

<sup>154</sup> FeIS, Zu Organisierungsfragen der radikalen Linken, Manuskript, 13. August 2014.

Linken. So erklärte Heiner Möller, einer der wichtigsten Autoren, es sei nicht sinnvoll, „die Ansprechpartner linksradikaler Politik anhand ihrer klassenmäßigen Position zu definieren, da man dabei allzu oft auf Rassisten und Nationalisten treffe.“<sup>155</sup> Derartige Äußerungen, so richtig sie tendenziell sein mochten, trieben *Bahamas* innerhalb der extremen Linken in die Isolation. Im Laufe der Zeit rückten mehr und mehr das Thema Antisemitismus und die Agitation gegen Islamisten in den Fokus. Zur Auflagenhöhe der zwei bis dreimal im Jahr erscheinenden Zeitschrift gibt es keine gesicherten Angaben.

*Clash* war der vergebliche Versuch der sogenannten „Infoläden“, eine internationale Zeitschrift der Autonomen zu schaffen. Zwischen 1989 und 1994 erschien sie zunächst mit rund 2.000 Exemplaren und in billiger Aufmachung in deutscher und englischer Sprache. Die ostentative Nähe zur RAF zog Ermittlungsverfahren gegen *Clash* nach sich. De facto blieb die Zeitschrift auf Deutschland beschränkt. Sie scheiterte mit dem Anspruch der Vernetzung autonomer „Szenen“ Westeuropas. *Clash* beließ es weitgehend dabei, Texte unterschiedlicher linksextremistischer, meist militanter Gruppen, etwa der RAF, der *Revolutionären Zellen* oder der IRA abzudrucken. Die Zeitschrift hatte insofern eine Qualität als Informationspostille, doch inhaltliche Stringenz oder ein redaktionelles Profil ließ sie missen. Oder, wie (selbst-)kritisch bemerkt wurde: „Vieles in der *Clash* hat beschreibenden Charakter, wenige Artikel gehen wirklich in die Tiefe.“<sup>156</sup>

*Disput* hat mit dem Vorgängerorgan *Was und wie*, das im Auftrag der ZK-Abteilung „Agitation“ SED-Funktionäre mit Anleitungen und Informationen für den in der DDR offenbar noch nicht ganz beendeten Klassenkampf fütterte, mittlerweile nicht mehr viel gemein. Des Untertitels „Was + wie“ entledigte sich *die* heutige Mitgliederzeitschrift der *Linken* 1993, der Titel wurde Programm: Die Dokumentation parteioffizieller Texte und weniger offizieller Streitpapiere prägten die Zeit unmittelbar nach der „Wende“ und begleiteten die Sinnsuche der jungen PDS. Strategie- und Programmdebatten wurden auch in den Jahren danach wesentlich im *Disput* ausgetragen, wobei die „Reform“-Kräfte – schließlich fungierte der von ihnen dominierte Vorstand als Herausgeber – das letzte Wort behielten.<sup>157</sup>

---

<sup>155</sup> Sebastian Dittrich, Zeitschriftenporträt: *Bahamas*, in: Backes/Jesse (Anm. 133), S. 225.

<sup>156</sup> Offener Brief der Clash-AG des BRD-Infoladen-Treffens, unter: <http://www.infoladen.de/selbst/s9.htm> (16. April 2015).

<sup>157</sup> Vgl. Jürgen P. Lang, Zeitschriftenporträt: *Disput*, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 27, Baden-Baden 2015, S. xxx-xxx.

Die Erscheinungsweise wechselte von halbmonatlich auf monatlich, die Text- und Theorielastigkeit machte im Laufe der Zeit einer „peppigeren“ Aufmachung und eher reportagehaften Artikeln Platz. Heute ist *Disput* ein reichhaltig illustriertes Blatt, das das Parteileben in den Fokus rückt – der Weg vom „Theorieorgan“ zum „Vereinsmagazin“ war lang.

*Gegenstandspunkt* ist eine marxistische Theoriezeitschrift, die seit 1992 regelmäßig erscheint. Sie steht in der Nachfolge verschiedener Publikationen der hauptsächlich in München tätigen, geheimbündlerischen *Marxistischen Gruppe* (MG) um den 2010 verstorbenen Karl Held. *Gegenstandspunkt* hält an deren ideologischer Linie einer radikalen Kapitalismuskritik fest. Aufgemacht wie eine sozialwissenschaftliche Fachzeitschrift, führt sie auch den für die MG typischen, sprachgewaltigen, Sarkasmus marxistischer „Nerds“ fort – eine Kostprobe: „Der banale Witz des Profitmachens durch Preispolitik kommt beim Gerede über Inflation nicht mehr vor; dieser marktwirtschaftliche Geschäftsgeist, ohne den eine Geldmenge nie und nimmer eine Wirkung auf die Warenpreise zustande bekäme, wird ausgeklammert; stattdessen konstruiert der wirtschaftliche Sachverstand sich eine anonyme Seuche namens Geldentwertung zurecht“.<sup>158</sup> Die intellektuelle Kritik an der Ökonomie des Kapitalismus ist Standardthema im *Gegenstandspunkt*. Die genaue Höhe der Auflage ist unbekannt – geschätzt wird sie auf rund 7.000.

*Graswurzelrevolution* ist eine anarchistische Zeitschrift, die sich dem „gewaltfreien“ Widerstand verschrieben hat. Sie wurde erstmals 1972 von der *Gewaltfreien Aktion Augsburg* herausgegeben, einem kleinen Kreis „libertärer“ Pazifisten um Wolfgang Hertle. Heute wird die Monatsschrift von den sogenannten *Gewaltfreien Aktionsgruppen* editiert, die sich dem passiven Widerstand, Bauplatzbesetzungen und Sitzblockaden verschrieben haben. Mit ihrem Themenspektrum (Anti-Atomkraft, Frieden, Altermondialismus) dockt die *Graswurzelrevolution* problemlos an soziale Protestbewegungen an. Dennoch sind linksextremistische Motive unverkennbar. In einer Selbstdarstellung heißt es: „Wir kämpfen für eine Welt, in der die Menschen nicht länger wegen ihres Geschlechtes oder ihrer geschlechtlichen Orientierung, ihrer Sprache, Herkunft, Überzeugung, wegen einer Behinderung, aufgrund rassistischer oder antisemitischer Vorurteile diskriminiert oder benachteiligt werden. Wir streben an, dass Hierarchie und Kapitalismus durch eine

---

<sup>158</sup> Anmerkungen zur Krise '08, in: *Gegenstandspunkt* (2008), H. 3, S. 105.

selbstorganisierte, sozialistische Wirtschaftsordnung und der Staat durch eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft ersetzt werden.“<sup>159</sup> 4.000 Exemplare erscheinen heute pro Ausgabe.

*Interim* gilt als wichtigste Zeitschrift der Autonomen und pflegt diesen Anspruch mit einem anarchistischen Redaktionskonzept: Prinzipiell steht es jedem frei, in der 1988 in Berlin gegründeten *Interim* zu publizieren. Dies hat zur Folge, dass die Zeitschrift vor allem als Verlautbarungsorgan fungiert: Unterschiedliche Gruppen veröffentlichen dort ihre Positionspapiere, Bekennerschreiben und Aufrufe zu Demonstrationen – für die häufig wechselnden und meist anonymen Blattmacher ist dies eine Marktlücke: „So sehen wir vor allem in zwei Bereichen keinen Ersatz für ein Organ wie die *Interim*: Im Bereich der aufeinander bezogenen szeneeinternen Debatte. Und bei der Dokumentation von Anschlagserklärungen und der offenen, nicht zensierten Debatte um Sinn und Unsinn militanter Interventionen, für die es sonst keinen Ort gibt.“<sup>160</sup> Die Grenzen der Gewaltanwendung sind ein häufiges Debattenthema. 1992 distanzierte sich die Redaktion von einem Beitrag, der in derselben Ausgabe den gewaltsamen Tod des Rechtsextremisten Gerhard Kaindl als „tragbares Risiko“ bezeichnet hatte.<sup>161</sup> Andererseits zogen Anleitungen zum Bombenbau strafrechtliche Schritte nach sich. Die Auflage des in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Periodikums beläuft sich auf rund 1.500 Exemplare.

Die *junge Welt* steht in der Nachfolge des gleichnamigen FDJ-Organs, der einstmals größten Tageszeitung in der DDR. Heutzutage kommt die jW täglich mit knapp 15.000 Exemplaren heraus. Das von Redaktionsquerelen und Finanzproblemen gebeutelte Blatt bietet seit der „reformerischen“ Wende des *Neuen Deutschland* in den 1990er Jahren den orthodoxen Kommunisten in der Partei *Die Linke* ein wichtiges Forum. Die Zeitung vereint unter den Redakteuren eine auffallend hohe Zahl ehemaliger „Stasi“-Spitzel. Und anderem verfasste der heutige Chefredakteur Arnold Schölzel als IM Berichte für das MfS. So nimmt es kaum Wunder, dass die *junge Welt* den apologetischen Veröffentlichungen ehemaliger MfS-Offiziere ein Forum bietet, und ihnen damit eine Öffentlichkeitswirksamkeit verschafft, die

---

<sup>159</sup> Was bedeutet Graswurzelrevolution?, unter: <http://www.graswurzel.net/ueberuns/gwr-kurz.shtml> (16. April 2015).

<sup>160</sup> *Interim*, Most wanted. Ein offener Brief zur Zukunft der *Interim*, in: *Interim* vom 24. Juli 2003, S. 5.

<sup>161</sup> Vgl. *Interim* vom 16. April 1992.

sie sonst nicht erreicht hätten. Stammautoren – allen voran Ulla Jelpke und Sahra Wagenknecht – machen sich für eine strikt „antikapitalistische“ Ausrichtung der *Linken* stark. Außenpolitisch prägt das Blatt eine offene Parteinahme für sozialistische Staaten wie Kuba, Venezuela oder Nordkorea. Am Antisemitismus und am Nahostkonflikt schieden sich 1997 die Geister. Der „antideutsch“ gesinnte Teil der Redaktion gründete die Wochenzeitung *Jungle World*.

*konkret* ist eines der – an jedem Kiosk erhältlichen – Traditionsblätter unter den linksextremistischen Periodika. 1957 gegründet, war sie zunächst eine Zeitschrift der Studentenbewegung. Bis 1964 wurde *konkret* von der DDR finanziell unterstützt. Herausgeber Klaus Rainer Röhl und seine Frau Ulrike Meinhof hatten sich persönlich darum bemüht. Nach dem Konkurs erfolgte 1974 der Relaunch unter dem exzentrischen Hermann L. Gremliza. Volatile Positionierungen, und die Tendenz, sich mit allen anzulegen, machten nach 1990 einem eindeutig antideutschen Profil Platz und verkehrten die ursprünglich eher nationale Haltung ins Gegenteil. Gremlizas Artikel *Schieß Deutschland*<sup>162</sup> markierte die Wende, die dem zynischen Grundton keinen Abbruch tat. „Die Bundesrepublik in die Tradition des Nationalsozialismus zu stellen oder sogar mit diesem gleichzusetzen, darin liegt das wichtigste Argumentationsmuster von *konkret* und zugleich das zentrale Kontinuitätselement der Zeitschrift von der Gründung bis zur Gegenwart.“<sup>163</sup> Die Auflage ist mit rund 40.000 Exemplaren beachtlich.

*Neues Deutschland*, das einstige Zentralorgan der SED (mit Millionenaufgabe aber kaum wirklicher Leserschaft), ist nach der demokratischen Revolution in der DDR eine dem Konzept nach moderne Tageszeitung geworden, Sport- und Reisetil inbegriffen. Der Übergang vom Verlautbarungsblatt der SED/PDS zum (Tendenz-)Journalismus war 1990 noch fließend. In den ersten Jahren dominierte die orthodoxe *Kommunistische Plattform* den Debattenteil des ND. Erst 1999, mit dem Rücktritt Rainer Oschmanns als Chefredakteur, entschieden sich die Richtungsstreitigkeiten zugunsten der PDS-„Reformer“. Unter der langjährigen Ägide des früheren Grünen-Politikers Jürgen Reents und des Chefredakteurs Tom Strohschneider entwickelte das Blatt eine Kontur, die mit Kommunisten und

---

<sup>162</sup> Hermann L. Gremliza, *Schieß Deutschland*, in: ders., *Ein Volk gibt Gas. 28 Berichte zur Lage der deutschen Nation*, Hamburg 1992, S. 34-38.

<sup>163</sup> Alexander Gallus, *Zeitschriftenporträt: konkret*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 246.

„Lafontainisten“ der *Linken* nicht unbedingt zimperlich umging. Das *Neue Deutschland* ist über Parteinterne stets gut informiert und berichtet breit darüber. Die Auflage halbierte sich von rund 65.000 im Jahr 1998 auf etwas über 30.000 2014. Die weit überwiegende Zahl der Leser sind Abonnenten. Der Werbespruch „Die größte Überregionale im Osten“ ist bei näherer Betrachtung keine Auszeichnung. Die Nähe zur Partei zeigt sich nicht nur inhaltlich. Zwar entließ die Partei 2007 das ND – an dem sie über eine GmbH beteiligt war – in die Selbstständigkeit. Doch die heutigen Gesellschafter sind – etwa durch den früheren PDS-Schatzmeister Uwe Hobler – eng mit der *Linken* verbunden. Dietmar Bartsch fungierte bis 2006 als Geschäftsführer des ND.

*radikal* wurde 1976 in Berlin als Hauspostille der extremen Linken unterschiedlicher Färbung gegründet und war zunächst in der dortigen Hausbesetzerszene verwurzelt. Deren militanter Flügel fand in *radikal* ein Sprachrohr. Ein weiterer Schwerpunkt in den 1980er und 1990er Jahren waren zum Teil kontrovers geführte Diskussionen um die Strategie der RAF. Die Redaktion propagierte offen die Anwendung von Gewalt. Anleitungen für militante Aktionen gehörten zum redaktionellen Standardrepertoire. Die Attraktion auf die Autonomen-Bewegung war immens; sie fand in *radikal* eine treffliche Plattform zur Publikation eigener Texte, etwa zur Militanzdebatte. Mehrfach war die Zeitung Ziel von Anzeigen, Razzien und Verboten. Die Redaktion arbeitete weitgehend in der Illegalität – zeitweise mit einer Postadresse in den Niederlanden. Zwischen 1999 und 2004 erschien kein einziges Exemplar. In den Jahren 2009 und 2010 fungierte eine *Revolutionäre Linke* (RL) – der Name war Programm – als Herausgeber, zu deren Selbstverständnis die scharfe Abgrenzung zur – angeblich – „reformerischen“ *Interventionistischen Linken* gehörte.<sup>164</sup> Doch das damals verfochtene Konzept der „klandestinen Zeitung“<sup>165</sup> fruchtete offenbar nicht: Seitdem ist es still geworden um *radikal*.

*SoZ – Sozialistische Zeitung* ist eine politische Monatszeitung aus Köln. Sie fungierte ursprünglich als zweiwöchentliches Parteiblatt der 1986 gegründeten *Vereinigten Sozialistischen Partei* (VSP) und war Produkt der Fusion des KPD/ML-Blattes *Roter Morgen* mit *Was tun*, dem Organ der trotzkistischen GIM. Noch heute verrät die *SoZ* ihre

---

<sup>164</sup> Vgl. Revolutionäre Linke, Grundsatzpapier zur Organisierung als Revolutionäre Linke, Manuskript, 2. Juni 2010.

<sup>165</sup> radikal-Redaktion, Das „Konzept klandestine Zeitung“ – Zur Neugestaltung der radikal, Manuskript, 2. Juni 2010.

trotzkistischen Wurzeln, vor allem bei der Behandlung von Auslandsthemen. Theoretische Debatten machten im Laufe der Zeit aktuelleren Berichten Platz. Die eher undogmatische Ausrichtung der SoZ lässt eine Nähe zu Positionen der Gewerkschaften und zur PDS/*Die Linke* erkennen. Die wechselseitige Sympathie ist unverkennbar. Im Jahr 2011 kamen pro Ausgabe 1.000 Exemplare heraus, von denen die meisten (900) an Abonnenten verschickt wurden.<sup>166</sup>

*UZ – Unsere Zeit* ist die Parteizeitung der DKP. Auf dem Essener Parteitag 1969 als Wochenzeitung aus der Taufe gehoben, konnte sie dank der massiven finanziellen Unterstützung von Seiten der SED von 1973 an als Tageszeitung erscheinen mit einer Auflage von schätzungsweise 60.000 Exemplaren. In den 1980ern schrumpfte sie auf 20.000, heute beträgt sie nach eigenen Angaben nur noch 6.000 Exemplare.<sup>167</sup> Nach dem Wegfall der Ost-Subventionen erschien die *UZ* zunächst zweiwöchentlich, heute wöchentlich mit 16 Seiten Umfang. Inhaltlich prägten stets lange theoretische Artikel, DKP-Verlautbarungen, aber auch ideologische Einlassungen zu aktuellen Themen das Blatt. Debatten waren nie Sache der *UZ*. Trotz dieses außerhalb des orthodoxen Kommunismus wenig attraktiven Angebots setzte die Partei die Zeitung auf linken Veranstaltungen als Propagandamittel ein.

*Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung* ist eine theoretisch-politische Vierteljahres-Zeitschrift, die 1990 aus der „Erneuerer“-Strömung der DKP und dem einst zur DKP gehörenden *Institut für Marxistische Studien und Forschungen* (IMSF) in Frankfurt am Main hervorgegangen ist. *Z.* erscheint mit Themenschwerpunkten und ist ideologisch mit den PDS-Reformern kompatibel. In den 1990er und 2000er Jahren begleitete sie die Programmdebatten der PDS. Den Kern der Autorenschaft bilden ehemalige DKP-Dissidenten und marxistische Theoretiker aus dem Umfeld der *Linken*. Die personellen und thematischen Überschneidungen mit der Hamburger Zeitschrift *Sozialismus*, in der linke Gewerkschafter den Ton angeben, sind auffällig. Inhaltlich hat sich die *Z.* einem undogmatischen Marxismus verschrieben. Aktuelle Diskussionen der extremen Linken stehen im Mittelpunkt.

---

<sup>166</sup> Vgl. Christoph Meueler, Bulette mit Schokolade. Das Kapital ist das Problem: Die Sozialistische Zeitung (SoZ) feierte in Köln ihren 25. Geburtstag, in: junge Welt vom 12. Oktober 2011.

<sup>167</sup> Vgl. <http://www.dkp-online.de/uz/anz/> (16. April 2015).

## 8 Kommentierte Auswahlbibliographie

*Uwe Backes/Courtois, Stéphane (Hrsg.): „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln u. a. 2002* – Die Aufsätze tragen – allerdings auf sehr unterschiedlichem Niveau – zur Entmythologisierung der kommunistischer Ideologien und ihrer Protagonisten bei. Herausragend ist der Beitrag von Lothar Fritze, der die Unfähigkeit, sich „die Lösung der Probleme [...] als regulative Idee, die einem schrittweise vorgehenden politischen Handeln Sinn und Richtung gibt“ (S. 140 f) vorzustellen, als einen der Irrtümer des revolutionären Kommunismus ausmacht.

*Blank, Bettina: „Deutschland, einig Antifa“? „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2014* – Die umfassende Studie analysiert Geschichte, Mittel, Träger und Wirkung des instrumentellen Antifaschismus in linksextremistischen Ideologien. Das Ergebnis ist eindeutig: Ziel sei die „allmähliche Umwandlung des politischen Klimas und der politischen Kultur in Deutschland mit dem Ziel der Systemüberwindung“ (S. 391). Vor allem *Die Linke* trage mit ihrem Ruf nach einer „antifaschistischen“ Klausel in den Verfassungen zur Erosion des die Demokratie stabilisierenden, antiextremistischen Grundkonsenses bei.

*Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011* – Der Sammelband löst das Versprechen nicht ein, einen Forschungsstand zu liefern. Dazu hätte es einer einleitenden Diskussion zentraler Begriffe bedurft. So operiert jeder Autor mit seinen eigenen Termini – mancher vermeidet den Extremismusbegriff ohne Erklärung völlig. Gero Neugebauer stellt die nebensächliche Frage, ob *Die Linke* zwischen Demokratie und Extremismus „oszilliert“ (S. 95). Eine Antwort auf die kardinale Frage nach dem antidemokratischen Charakter der Partei insgesamt verpufft in Unverbindlichkeit.

*Farin, Klaus (Hrsg.): Die Autonomen, Berlin 2015* – Es handelt sich um einen Interview-Band, der anhand standardisierter Fragen Einstellungen von 14 gegenwärtigen oder ehemaligen „Szene“-Angehörigen (die enorme Altersspanne reicht von 18 bis 60 Jahren) dokumentiert. Damit hebt sich das Buch positiv von anderen Veröffentlichungen ab, denen es entweder nicht gelingt, in das Phänomen vorzudringen oder deren Innensicht zu apologetischen Verzerrungen führt. Leider mangelt es dem Band trotz der Fülle an Material an analytischer Kraft. Sehr instruktiv ist immerhin die „Mediananalyse“ der Zeitschrift *radikal*. Auf über 60 Seiten analysiert Farin die Irrungen und Wirrungen des Zentralorgans der Autonomen.

*Jesse, Eckhard/Jürgen P. Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012* – Die Gesamtdarstellung reicht von der Entstehung der PDS aus der SED heraus bis zum turbulenten Göttinger Parteitag der *Linken* 2012. Die innere Zerrissenheit der PDS und der Aufschwung der Linksextremisten in der *Linken* werden plastisch. Die Autoren sehen in der Partei eine Form des weichen Extremismus – im Gegensatz zum harten Extremismus etwa der NPD. Daneben erkundet das Buch den Platz der *Linken* im Parteiensystem, erklärt Erfolge und Misserfolge bei Wahlen. Die fragwürdige Einschätzung der Partei in Verfassungsschutzberichten und biographische Porträts ihrer führenden Köpfe runden den Band ab.

*Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a. M./New York 2005* – Die umfassende, akribische Studie – sie behandelt KPD/AO, KPD/ML und KBW, spart KB und MLPD aus – verwertet ein Fülle an Material. Im Zentrum steht das Innenleben der Parteien, die vom beinharten Kitt des „demokratischen Zentralismus“ zusammengehalten wurden. Kühn zeichnet den erniedrigenden Aufnahmeprozess, die Entmündigung der Mitglieder und die Eingriffe der hierarchisch durchstrukturierten Gruppen selbst in die intimsten Lebensbereiche nach. Weitere Abschnitte widmen sich unter anderem der Ideologie, der Frage der Gewalt und der (Nicht-)Beziehung zu anderen linksextremistischen Organisationen.

*Pfahl-Traugber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014* – Das Kompendium beansprucht, zugleich „Einführung und Gesamtdarstellung zum Thema ‚Linksextremismus‘“ (S. 2) zu sein. Dies gelingt, wenn auch das zweite Konzept zugunsten des auf Knappheit und Strukturiertheit bedachten ersten ins Hintertreffen gerät. Der Ritt durch Geschichte, Ideologien, Organisationen, Subkulturen, Terrorzirkel und Handlungsfelder des deutschen Linksextremismus ist überaus instruktiv. Einsteigern liefert das Buch eine Fülle an Informationen, nicht nur über die Materie selbst, sondern auch über den Stand der Forschung. Die theoretische Unterfütterung macht den Band auch für Wissenschaftler reizvoll und fordert den Diskurs heraus.

*Schroeder, Klaus/Monika Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt a. M. 2015* – Das Buch enthält die Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojektes zu „demokratiegefährdenden Potenzialen des Linksextremismus“. Linksextreme Einstellungen hätten Eingang in den politischen Mainstream gefunden. Nachdenklich macht unter anderem, dass 16 Prozent der

Befragten dem Satz zustimmten, Kapitalismus führe letztlich zu Faschismus. Auf der Basis von Selbstdarstellungen linksextremistischer Gruppierungen entwickeln die Autoren eine wissenschaftlich wertvolle Skala einschlägiger Einstellungsmuster.

*Stowasser, Horst: Freiheit pur. Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft, Frankfurt a. M. 1995* – Trotz seiner apologetischen Grundausrichtung besticht das Buch durch eine stupende Kenntnis der Ideologien und der Geschichte des Anarchismus – der laut Stowasser beansprucht „die einzige Gesellschaftsstruktur zu sein, die der Tatsache Rechnung trägt, dass Menschen eben sehr unterschiedlich sind“ (S. 11). Seine Distanz zu ideologisch überfrachteten, historisch gescheiterten Anarchismen mündet in die Idee, die Demokratie durch eine „Akratie“ abzulösen, die den „Fetisch der Mehrheit“ (S. 381) in großen politischen Gebilden wie den Nationalstaaten zugunsten einer kollektiven Entscheidungsfindung in kleineren Einheiten ablöst.

*Vollmer, Andreas M.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013* – Der Politikwissenschaftler verfolgt minutiös die kurze, aber spannende Geschichte dieser Partei, die sich ursprünglich als „wahre“ Sozialdemokratie verstand, im Zuge der Bundestagswahl 2005 mit der PDS paktierte und diese schließlich nach der regelrechten Fusion radikalisierte. Es ist paradox: „Die WASG und die Linkspartei.PDS waren vor dem Zusammenschluss gemäßigter“ (S. 421). Ausgerechnet die Ex-WASGler des späteren *Linken*-Chefs Klaus Ernst fanden mit den orthodoxen Kommunisten der PDS zusammen und stellten deren „Reformer“ ins Abseits. Den Einfluss der WASG-Leute der ersten Stunde sieht Vollmer jedoch schwinden.